

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Strasse Nr. 5/6,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 2.92,
wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren
betragen für die einseitige
Anzeige über deren Raum
25 Pfennige,
für Arbeitsmarkt, Vereins- und
Veranstaltungs-Anzeigen
15 Pfennige.
Kunstwärtige Inserate 25 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Sonntag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 239.

Mittwoch, den 13. Oktober 1909.

20. Jahrgang.

Wivat Koburg!

Koburg, 11. Oktober, 11 Uhr
Abends. Bei der heutigen Reichstags-
Erstwahl erhielten Stimmen: Arnold
(kreis.) 3032, Duarck (national.) 3436,
Bietzsch (Sozialdemokrat) 6182.

Da mit diesen Wahlen die gute Wahlbeteiligung des
Jahres 1907 bereits erreicht ist, kann an dem Endergebnis
nicht mehr viel geändert werden und zu der Freude über
den auch in Koburg geradezu glänzenden Fort-
schritt der Sozialdemokratie gesellt sich ein tiefes Be-
dauern, daß es wegen nur 300 fehlenden Stimmen nicht
möglich war, diesen bis hierher ebenig ganz verschlossenen
ersten Anziehung zu erobern. Ein Vergleich der
beiden Gruppen im Wahlergebnis zeigt nämlich folgendes.

der Sozialdemokrat	die bürgerlichen Kandidaten
6182	3436 natlib. 3032 freif.
	6468

Also nur 300 Stimmen hätten noch dazu gehört und
die „Feste Koburg“ lag in den Händen der Noter! Was
diese Zahlen aber auch ohnedem bedeuten, zeigt ein Blick auf
frühere Wahlgänge. Es wurden abgegeben

	im Jahre 1907	im Jahre 1909
freif.	4128	3032
natlib.	4437	3436
sozialdem.	4306	6182

Die beiden bürgerlichen Kandidaten verlieren also
je 1000 Stimmen, die Sozialdemokratie gewann 2000
Stimmen und rückt damit riesenhaft über ihre Rivalen
hinaus.

Koburg gehört überhaupt zu den Kreisen mit einer ge-
sunden politischen Entwicklung, wie wir das Gleiche von
Neustadt-Landau feststellen konnten. Darüber unterrichtet
folgende Aufstellung über die Zunahme unserer Stimmen.
Wir erhielten

Jahr	Stimmen
1887	340
1890	1023
1893	2672
1898	3607
1903	3972
1907	4306
1909	6182

Eine Stufenleiter also, die der systematischen Arbeit
unserer Koburger Genossen alle Ehre macht.

Auch der diesmalige Wahlkampf im Kreise war intensiv,
aber frei von allen Ausschreitungen. Alle Parteien
gaben volle Redefreiheit und keine Versammlung
wurde gestört. Auf die Mithilfe des Reichsverbandes wurde
verzichtet.

Vielleicht, daß er jetzt in höchster Not für die
Stichwahl herbeigeholt wird. Doch es ist zu spät.
Der offenkundige Wille der größten Wählerzahl
in Koburg ist es jetzt, einen Sozialdemokraten
in den Reichstag zu schicken. Die paar Stimmen, die dazu
noch fehlen, werden unsere Genossen nachholen. Und wenn
der ganze Freisinn nationalliberal werden sollte, der Kreis
wird geholt! Auf, Koburger! Fügt zu den Triumphen
der Sozialdemokratie ein neues Netz. Bietzsch muß in den
Reichstag, andere werden folgen!

Versammlungsfreiheit.

Das Zentrum weiß ganz genau, daß es von einer
Fortsetzung der Erörterungen über die neuen Steuern
nichts Gutes für sich zu erwarten hat. Auch im welt-
ferntesten katholischen Dorfe wird der Bauer, der vor die
Frage gestellt wird, ob das Zentrum recht tat, als es
Bier, Kaffee, Sireichhölzer verteuern half,
um die Antwort nicht verlegen sein. Das sichere Ergebnis
jeder Debatte ist also ein Anschwellen der sozialdemokrati-
schen Stimmen. Also versucht man ein Ablenkungs-
manöver. Durch alle ultramontanen Zeitungen und Ver-
sammlungen geht jetzt aus dem glücklich verstimmt
schwarzen Vorkast das Lied von dem Versammlungs-
Terrorismus der Sozialdemokratie. Und kaum erklingen
die alten, lieb gewordenen Löhne, da singen auch schon alle
offiziösen und konservativen Stimmen den Rundreis kräftig
mit. Es ist, als gäbe es keine andere Gefahr fürs Reich
und keine andere Sorge fürs deutsche Volk, als daß die
Sozialdemokratie die Versammlungsfreiheit zerstörte.

Zu ein paar Zentrums-Versammlungen haben Wähler,
die zum Teil wahrhaftig schon von früher her zur So-
zialdemokratie gehörten, im Teil aber gewiß vor zwei
Jahren noch stramme Zentrumsanhänger waren, die kläg-
lichen Verlegenheitsausreden der schuldigen Abgeordneten
mit Gelächter und Entrüstungsrufen beantwortet. In einer
Versammlung in Mühlheim a. R. soll sogar jemand auf
dem Hauschüssel gepöbeln haben. Ueber diesen Pfiff, der
über eine grobe Ungehörigkeit war, ist in der ultramont-
anen, aararischen und offiziösen Presse geradezu ein neuer

Attentatsrummel entstanden. Man kündigt Interpella-
tionen an, droht mit neuen, gesetzlichen Maßnahmen gegen
die Sozialdemokratie, und Herr Dertel fordert in der
„Deutschen Tageszeitung“ alle bürgerlichen Parteien auf,
zusammenzugehen und sich darüber zu vereinbaren, „wie die
Versammlungsfreiheit am wirksamsten zu schützen sei gegen
sozialdemokratische Freiheitsbedrohung und Freiheits-
beraubung.“

Es gibt vielleicht wirklich da und dort in der Schicht
der Professoren und Geheimräte weltfremde Leute, die die-
sen künstlichen Lärm für echt nehmen. Aber alle, die von
den wirklichen Verhältnissen auch nur eine leise Ahnung
haben, werden darüber lachen, am meisten wahrscheinlich die
würdigen Veranlasser dieses neuen Spektakels selbst.
Sie wissen ganz genau, daß nicht nur das bürgerliche Ver-
sammlungsfreiheit, dessen sich das ganze deutsche Volk jetzt
erfreuen darf, namentlich im Norden und Osten, von der
sozialdemokratischen Arbeiterschaft erst schrittweise unter
schweren Opfern erobert werden mußte, sondern daß das
Versammlungsleben selbst in Deutschland von der Sozial-
demokratie geradezu erst geschaffen worden ist. Wo sind
dem die konservativen und ultramontanen Abgeordneten,
die in den ihnen sicheren Domänen von ihrer Versam-
mlungsfreiheit Gebrauch machen. In vielen Fällen erklaffen
die Gewählten ihren Rechenschaftsbericht überhaupt nicht,
in anderen tun sie es erst auf sozialdemokratische Auffor-
derung hin, wenn sie es nicht vorziehen, sich taub zu stellen.
Erfst wo die Sozialdemokratie eine gewisse Macht erlangt
hat, dort entwickelt sich ein freies und lebhaftes Versam-
mungsleben, das uns freilich noch lange nicht frei und
lebhaft genug ist. Daß es dabei auch einmal zu stürm-
ischen Auseinandersetzungen kommt, namentlich in erregten
politischen Zeiten, daß dabei auch hin und wieder von
der einen, wie von der anderen Seite über die Schnur
gehauen wird, ist weder ein Wunder, noch ein nennens-
wertes Unglück. Wer aus Furcht vor der Unmöglichkeit,
diese oder jene Versammlung könnte ein wenig
stürmisch verlaufen, sich vom politischen Leben zurückzieht,
der tut gut daran, denn er gehört nicht in die Versam-
mlung, sondern in eine Heilanstalt für Nervenschwäche.
Solche bedauerliche Nervenschwäche scheint aber in den
Kreisen bürgerlicher Politiker den Charakter einer Epi-
demie angenommen zu haben, wenn die „Deutsche Tages-
zeitung“ recht hat, die schreibt:

Es wird, wie uns von Vertretern verschiedener bürger-
licher Parteien berichtet wird, immer schwerer, für eine öffent-
liche Versammlung Leiter und Redner zu gewinnen. Der
Besuch seitens der Angehörigen bürgerlicher Parteien wird
immer geringer, weil man von vornherein Störungen, Lärm,
vielleicht Gewalttätigkeiten befürchtet.

Ein schlimmeres Zeugnis, als es hier geschieht, kann
man den bürgerlichen Parteien nicht ausstellen. In der
Sozialdemokratie galt und gilt der Grundsatz, daß sich ein
Genosse durch keine Gefahr davon abhalten lassen darf,
seine politische Pflicht zu erfüllen. Würde ein Genosse sich
aus Furcht vor Polizei, Staatsanwalt oder vor Zentrums-
prügeln (die auch nicht von schlechten Eltern sein sollen)
weigern, in einer öffentlichen Versammlung aufzutreten, so
würde er seine Rolle ausgespielt haben. Die bürgerlichen
Herren schreien nur täglich, daß Vaterland, Thron, Altar
und heilig Gott noch alles von der Sozialdemokratie be-
droht sein sollen, und sind trotzdem — nach dem Zeugnis
der „Deutschen Tageszeitung“ — von so widerwärtiger
Feigheit befeelt, daß sie es nicht wagen, dem Feinde ent-
gegenzutreten. Aus Furcht vor „Störungen, Lärm, viel-
leicht (!) Gewalttätigkeiten“ werden sie fahnenflüchtig, ob-
wohl sie wissen, daß noch nie in einer sozialdemokratischen
Versammlung einem Gegner ein Haar gekrümmt wor-
den ist.

Indes — wenn die Herren vom Zentrum und von
der konservativen Partei Sorge um die Versam-
lungsfreiheit haben, so braucht es keine Vereini-
gung der bürgerlichen Parteien zur Abwehr, sondern die
Sozialdemokratie ist selbst mit Vergnügen bereit, in ge-
meinsamer Beratung mit den Organisationsleitern der bür-
gerlichen Parteien diejenigen Maßnahmen zu beschließen,
die etwa notwendig sein sollten, um eine vollkommene
ungestörte öffentliche Entwicklung des
politischen Versammlungslebens auf
alle Fälle sicher zu stellen. Sollte zum Bei-
spiel von einem konservativen oder ultramontanen Ver-
sammlungsleiter die Bestellung sozialdemokratischer Ordner
gewünscht werden, so wird diesem Ersuchen sofort ent-
sprochen werden. Im Gegensatz zu ihren bürgerlichen
Gegnern, die alles zu tun pflegen, um die Stimme der
Sozialdemokratie zu ersticken und zu unterdrücken, setzt die
Sozialdemokratie ihren Stolz daran, auch dem Gegner die
Redefreiheit zu sichern. Darum garantieren wir den
Gegnern nicht nur, soweit es auf uns ankommt, vollste
Versammlungsfreiheit, sondern fordern sie auch unablässig
auf, von dieser Versammlungsfreiheit den weitestgehenden
Gebrauch zu machen. So wird am allerbesten das Ver-
halten jener Gegner entlarvt und gebremst werden,
die sich unter dem Vorwand, sie fürchteten den Terroris-
mus der Sozialdemokratie, der politischen Verantwortung
zu entziehen versuchten.

Ein günstiger Zufall hatte dem Sozialdemokratischen
Pressebureau Kenntnis verschafft von einem Zirkular, durch
das die Zentrumsparthei eine umfassende Gegen-
agitation gegen die „Hege der Sozialdemokratie gegen
die neuen Reichsteuern“ in die Wege leiten will. Das Zir-
kular ist datiert aus München-Grubbach vom 8. Ok-
tober d. J., unterzeichnet von Dr. H. Pieper, Mitglied
des Reichstages, und wendet sich an sämtliche Zentrumsver-
trauensleute Deutschlands.

Einleitend wird darauf hingewiesen, daß die „Hege der
Sozialdemokratie gegen die neuen Reichsteuern“ hauptsächlich
zu dem Zwecke betrieben werde, um die christlich-nationale
Arbeiterbewegung niederzuwerfen oder wenigstens ihre weitere
Ausbreitung zu verhindern. Da der Liberalismus gleichfalls
gegen die Parteien hege, die für die neuen Steuern gestimmt
haben, so mache sich eine Aufklärung dringend notwendig.
Wörtlich heißt es dann weiter:

„Diese Aufklärung zu bieten, ist in besonderem Maße
Aufgabe der Arbeiterwähler der Zentrums-
partei. Der Unterzeichnete schlägt deshalb im Einvernehmen
mit maßgebenden Personen aus diesen Kreisen folgen-
den Aktionsplan vor, um dessen Durchführung auch Sie hier-
durch gebeten werden.“

1. In Kürze wird der Volksverein ein zweites
Steuerflugblatt herauszugeben, das sich kräftig gegen
die sozialdemokratische Steuerhege richtet. Dieses Flugblatt
muß, wie auch das erste, gemeinsam von den Geschäftsführern
des Volksvereins und den Arbeitersekretariaten systematisch in
allen Bezirken verbreitet werden.

In 14 Tagen wird eine Agitationsnummer der
„Deutschen Arbeiterzeitung“ erscheinen, welche sich aus-
schließlich mit der Steuerhege befaßt. Das darin gebotene
Material muß dann in Versammlungen, Diskussionen, Vereins-
vorträgen und Unterrichtsreisen nutzbar gemacht werden.

2. Wichtiger jedoch als Flugblatt und sonstige Schriften-
verteilung sind aufklärende Versammlungen, in welchen
eine gut vorbereitete (!) Diskussion statt-
findet.“

Die Versammlungen, die möglichst reine Arbeiterver-
sammlungen sein sollen und in denen Zentrumsabgeordnete
sprechen werden, sollen von der Zentrumsleitung am Orte
oder im Bezirk oder von dem Volksverein einberufen werden.
Die Vorbereitung soll wie folgt vor sich gehen:

„Zunächst nehmen die Empfänger dieses Rundschreibens
in den einzelnen Bezirken Rücksprache mit dem Vorstehenden der
Zentrumsparthei des Kreises und mit dem Kreis- beziehungs-
weise Bezirksgeschäftsführer des Volksvereins, damit diese
Herren informiert sind und keine Kollision zwischen den Ar-
beiterversammlungen einerseits und den Versammlungen der
Zentrumsparthei und des Volksvereins andererseits stattfinden.
Diesen Herren muß die besondere Bedeutung und Wichtigkeit
von Arbeiterversammlungen im gegenwärtigen Augen-
blicke klargelegt werden. Sodann ist alsbald eine große Ver-
trauensmännerversammlung einzuberufen, zu der solche Arbeiter
eingeladen sind, die auf dem Boden der Zentrumsparthei stehen
und in den Arbeitervereinen, in den christlichen Gemeindefreien,
im Volksverein und in der Zentrumsparthei in hervorragender
Weise tätig sind. Diese Vertrauensmännerversammlung hat die
nachfolgende große Arbeiterversammlung in allen Teilen gut
vorzubereiten. Vorbedingung des Gelingens der Versammlung
ist zahlreicher Besuch; für diesen Besuch muß persönlich nach-
drücklich Sorge genommen werden. Dazu dienen Handzettel. Hier-
mit da hat es sich auch bewährt, Eintrittskarten zu 10 Pf.
während einer Woche vor der Versammlung eifrig verkaufen
zu lassen, da erfahrungsgemäß die Käufer auch dann zur Ver-
sammlung kommen. Ferner muß die Diskussion gut vorbereitet
werden. Geeignete Diskussionsredner sind vorher zu ge-
winnen, (!) ebenso ist festzusetzen, welche Punkte in der
Diskussion hervorgehoben werden sollen. z. B. der Zweck, den die
Sozialdemokratie im Bezirke mit ihrer Steuerhege verfolgt, die
unehrlichen Mittel, deren sie sich bedient; diejenigen Einzel-
heiten der Finanzreform, welche am Orte besonders erörtert
werden, sind in der Diskussion besonders zu beleuchten. Mel-
den sich Sozialdemokraten zum Worte, so soll man die-
selben sprechen lassen. Man stelle der Sozialdemo-
kratie frei, einen Diskussionsredner längere Zeit nach
dem Referenten sprechen zu lassen, ebenso später auch durch
andere Parteigenossen, wenn auch in kurzen Zeilen an der
Diskussion abwechselnd beteiligen zu lassen. Jedenfalls würde
es unangebracht sein, Gesuche der Sozialdemokratie um
Beteiligung an der Diskussion einfach abzulehnen.
Selbstverständlich wird man dringend speziell die Sozialdemo-
kraten zur Beteiligung an der Versammlung und Diskussion
jämlich einladen.“

Mit der Agitation soll noch im Oktober begonnen
werden. Dem Zentrum bangt immer mehr vor den Folgen
seiner Haltung bei der Reichsfinanzreform! Und deshalb
wird es nicht nur Versammlungen einberufen, sondern vor-
her auch die Diskussionsredner und die Punkte, die sie her-
vorzuheben haben, festsetzen. Alles Nullfussarbeit — und
trotzdem wagen wir gern den Kampf!

Politische Ueberflucht.

Zeichen der Zeit. Eine große Wählerversammlung
hat am Sonntag in Johannisburg in Ostpreußen den
Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg-
Abgeordneten für den Wahlkreis Ost-Johannisburg, wegen
seiner Abstimmung gegen die Erbschaftsteuer aufgefodert,
sein Mandat niederzulegen.

Bis nach Ostpreußen ist also der Geist der Empörung
gedrungen, der eben in Koburg wieder so schöne Erfolge für
die Sozialdemokratie herbeiführte. Man kann sich die frühe
Erwartung der Staatsverhaltenden für die nächsten all-
gemeinen Wahlen, für die Generalsabrechnung, denken!

Die Dortrunder Zentrumsleitung, die für eine große Ver-
sammlung im „Freischütz“ bei Schwerte schon wochenlang Plakate

gemacht hat, erwiderte ein neverschmetterndes Glas. Zwei Drittel der Zuhörer waren Sozialdemokraten. Die Versammlung begann mit einem Kampf um die Redefreiheit. Unter minutenlangem Lärm wurde schließlich zum großen Schmerze der Versammlungsleitung erreicht, daß jedem Disziplinierungsreder eine halbe Stunde Redezeit gewährt werden sollte.

Dann begann Herr Schwarz mit seinem Referat. In dem er für den Bindhorstbund lebhaft Plakate machte und allerlei interessante Gesandnisse über die künftige Zentrumarbeit einbrachte. Der Clou des Abends, der Reichstagsabgeordnete Verold, lang eine traurige Botschaft: nicht als lahme Verleumdungen und Entschuldigungen all der bekannten Zentrumshelmlingen, die selbst die frommen Gemüter der katholischen Arbeiter zum Auswallen gebracht hatten. Als unser Genosse Max König zum Wort kam, wurde er sofort unterbrochen. Es war eine kurze, aber um so schlagendere Abrechnung, die Genosse König mit den Zentrumshelmlingen hielt. Die Ausführungen König hatten Lambert Penning, Verleger des bekannten Dortmunder Zentrumsblattes „Trommel“, aus dem Saal gelockt. In unerbittlich provokatorischer Weise zog er gegen unsere Partei los. Zum Schluß brachte er eine Resolution ein, die der Zentrumsleitung das Vertrauen der Versammlung aussprach. Der biedere Lambert Penning wollte sofort, ohne jede Debatte, und mitten in der Diskussion über die Resolution abstimmen lassen — und zwar sollten nur die Zentrumsleute stimmberechtigt sein. Herr Lambert Penning meinte einfach: wie mache ich das so! Trotz lebhaftem Protest wurde aber die Resolution abgestimmt: sie wurde aber abgelehnt. Von unserer Seite war inzwischen eine Gegenresolution eingebracht worden, in der das Vorgehen des Zentrums scharf verurteilt und eine gerechtere Verteilung der öffentlichen Aufgaben gefordert wird. Es war nicht möglich, eine Abstimmung über die Resolution herbeizuführen. Ein ungeheurer, minutenlanges Lärm brach aus, in dessen Verlauf sich Lambert Penning die gemischten Schimpfereien zuschulden kommen ließ. Mit dieser Stimme schrie er: Bagabunden geben wir nicht das Wort!

Schlüssig verließen unsere Genossen nach einem drausend im Saale erklingenden Hoch auf die Sozialdemokratie und unter dem Gesang der Arbeitermarschallise das Versammlungstotal.

Dem Komitee der Berliner Nationalpolen war zum Sonntag eine Wählerversammlung einberufen worden, die von ca. 2000 Personen besucht war.

Der Vorsitzende des Komitees berichtet über Verhandlungen mit Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion, sowie der freien Gewerkschaften, die in den letzten Wochen gepflogen wurden, um für die Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten eventuell die Anerkennung der polnischen Berufs-Organisationen als gleichberechtigt durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu erreichen. Eine solche Anerkennung wurde aus prinzipiellen Gründen verweigert. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach es jedem Berliner Polen freistehet, an den bevorstehenden Wahlen teilzunehmen mit dem Bemerkten jedoch, daß er keinesfalls einem Kandidaten der ehemaligen Blockpartei seine Stimme geben dürfe.

Sobald wurde das Verhalten der polnischen Reichstagsfraktion bei der Finanzreform einer äußerst scharfen Kritik unterzogen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Berliner auf nationalem Boden stehenden Polen erklären die Zustimmung der polnischen Abgeordneten zur Reichsfinanzreform für durchaus unangebracht und im national-polnischen, wie im Arbeiterinteresse schädlich. Sie erwarten von der polnischen Fraktion, daß sie nie wieder indirekten, die Massen belastenden Steuern zustimmt.

Der Referent, Herr Bientowski, schloß unter lebhaftem Beifall mit der Aufforderung, dafür zu sorgen, daß kein Pole, der für die neuen Steuern gestimmt habe, wieder in den Reichstag komme.

Sachsen als Vorbild. Zu den angeforderten Wahlrechts-Interpellationen im preussischen Landtag sagt die „Post“, die Antwort werde auf keinen Fall so lauten, daß die Interpellanten befriedigt sein könnten. Das Blatt fährt dann fort:

Man darf gewiß annehmen, daß in einigen Jahren auch in Preußen eine Wahlreform kommen wird. Es ist in dieser Hinsicht interessant und wird preussischerseits gewiß mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, wie sich im Bundesstaat Sachsen das neue Mural-

wahlrecht bewährt. Denn es bedarf keiner großen Prophezeiungsgabe, wenn man voraussagt, daß sich in ähnlichen Bahnen wohl auch das neue preussische Wahlrecht bewegen wird. Daß man in Sachsen bei der Verteilung des Stimmrechts über das Wahlrecht einige kleine Redaktionsfehler gemacht hat, wie z. B. die unklaren Bestimmungen über Armenunterstützung und Kinderprivileg, kann gegen die Brauchbarkeit des Gesetzes selbst wenig besagen.

Das sächsische Wahlrecht, das hier als Muster für Preußen hingestellt wird, ist bekanntlich ein Muralwahlrecht ganz ungeheurer Art, das einem kleinen Teil der Wählerschaft vier Stimmen einräumt, die große Masse aber mit einer Stimme abfindet.

Antisemitisches. Eine erweiterte Gesamtvorstandssitzung der deutschsozialen Partei tagte am Sonntag in Eisenach. In der Angelegenheit Schatz wurde beschlossen:

„Der Gesamtvorstand ist mit den Vertrauensmännern der Ueberzeugung, daß auf Wunsch des Herrn Schatz und mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand die Niederlegung seines Reichstagsmandates unerbittlich geworden ist. Es wird erfolgen, sobald die dringlichen Beobachtungen abgeschlossen sind.“

Der Abfall des Abg. Dr. Wähme fand dann eine eingehende Erörterung, die sich zu dem Beschluß verdichtete:

„Der Gesamtvorstand mißbilligt den Uebertritt Dr. Wähmes zum neugegründeten Bauernbunde, durch den eine verhängnisvolle Spaltung in die deutsche Landwirtschaft hineingetragen ist. Er empfiehlt den Vertrauensmännern des Wahlkreises Marburg-Frankensachsen-Rückhalt, Herrn Dr. Wähme zur Niederlegung seines Mandats aufzufordern.“

Endlich stellten sich die Antisemiten selber das Zeugnis aus, daß sie mit ihrer Zustimmung zum Steuerraubzug sich ein Verdienst um Volk und Vaterland erworben haben. Die antisemitischen Wächter werden wesentlich anders darüber denken, sie konnten ja in der erweiterten Gesamtvorstandssitzung nicht zu Worte kommen. Aber wie es im Lande aussieht, darüber kann man sich an anderer Stelle informieren. — Wie sieht's übrigens mit Bruhn?

Junkerliche Drohungen. Die „Kreuzzeitung“ widmet ihre entsetzlich lange Wochenrundschau diesmal zum weitläufigsten Teile einer Polemik gegen den Hansabund, der den Junkern doch schwerer auf die Nerven gefallen ist, als wie sie zugeben wollen. Das Junkerblatt droht:

„Mit der Zeit aber wird die künstlich gebildete Legende von der Vernachlässigung des Handels und der Industrie hoch überall ihre Auffassung finden. Freilich nicht ohne eine sehr schmerzliche Verhinderung der politischen Polemik. Denn es wird dann unbedingt nötig sein, der landwirtschaftlichen Bevölkerung vorzutragen, wie hoch die Kosten für unsere fast ausschließlich dem Schutze des überseeischen Aus- und Einfuhrhandels dienende Flottenvermehrung, für unsere ebenfalls dem Handelsinteresse dienlich zu machenden Kolonien, für unser Komulaiswesen, für unsere Wasserstraßen; wie sich das Gewinn- und Verlustkonto der dem Handel dienenden Schnellzugsverbindungen, Telegraphen- und Telephonleitungen stellt, wie die technischen Schulen, die Subventionen für Ausstellungen, Donationslinien usw. den Staat belasten. Und dann wird man vergleichen, ob wirklich die Landwirtschaft den Bodenanteil der staatlichen Liebesgaben davonträgt. Man wird ferner berechnen, welchen Vorteil die Junker von den Schutzzöllen hat und ob der Gewinn am Exporthandel tatsächlich unter den Schutzzöllen zurückgeht. Man wird das Volk vor die Frage stellen, ob es den gewaltigen technischen und kommerziellen Aufschwung der letzten Jahre, der doch als eine kräftige Reaktion der gestifteten Kraft auf keine künstliche Hindernisse im internationalen Wettbewerbe aufzufassen ist, für zu teuer erkaufte hat. Man wird auf die Eingehändnisse selbst sozialdemokratischer Gewerkschaften, daß unter dem Schutzzöllen die Lebenshaltung der Arbeiter ganz erheblich gestiegen ist, hinweisen. Kurz, die ganze Fabel von dem „unheilvollen Einfluß der agrar-demagogischen Richtung“ wird in ihrer Unwahrheit immer wieder aufgedeckt werden müssen.“

Das heißt also, die Junker wollen an die Lösung der Frage herantreten, wer das Volk am meisten ausgefressen hat. Ein Beginnen, das recht interessant zu werden verspricht.

Das Urteil im Expresserprozess. Montag Abend wurde das Urteil in dem Expresserprozess, der fast eine volle Woche gedauert hat, gefällt. Der Journalist Dahsel wurde zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, die

Schwärzt zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gegen Dahsel fünf Jahre, gegen die Schwärzt ein Jahr drei Monate Gefängnis beantragt. Auf Antrag der Verteidigung beschloß der Gerichtshof, Dahsel aus der Untersuchungshaft zu entlassen, sofern die von seinen Verwandten angebotene Sicherheit von 20.000 M. hinterlegt wird. Frau Schwärzt wurde sofort entlassen.

Landgerichtsdirektor Jänisch begründete das Urteil im Expresserprozess Dahsel etwa folgendermaßen: Der Angeklagte Dahsel hat in den letzten Jahren an verschiedenen Zeitungen gearbeitet und ist in dieser Beziehung Spezialist geworden. Es wurde ihm viel Klatsch über intime Familienverhältnisse zugebracht, den er zu Erpresserzwecken ausbeutete. Der Angeklagte ist allerdings vorläufig und geschäftlich zu Werke gegangen. Er hat unter dem Deckmantel des Patriotismus und der Nächstenliebe gehandelt und lediglich davon gesprochen, daß er brütlige Aufschüchtlungen müsse. Er hat ausdrücklich Schwelgegeher nicht angeklagt, die von ihm Erpressen haben jedoch die Sache für Erpressung aufgefaßt und sich bedroht gefühlt. Sie hätten das Empfinden, daß wenn sie nicht zahlen würden, ihr Name in der Presse herumgerüttelt werden würde. Der Angeklagte hatte auch das Bedürfnis der Rechtswidrigkeit. Der Gerichtshof hat deshalb die verschiedenen Fälle teils als verurteilt, teils als vollendete Erpressung angesehen. Bei der Strafzumessung kam die große Gemeingefährlichkeit des Treibens des Angeklagten und der Umstand in Betracht, daß er durch seine Handlungsweise das Ansehen der gesamten deutschen Presse aufs ernstlichste geschädigt hat. Strafmäßig: die Postlage des Angeklagten und das Mitwirken in dem er gearbeitet hat.

Ein Bruhn'scher Massenprozess gegen deutsche Redakteure. Ein Monstre-Prozess wird sich im Anschluß an den soeben beendeten Expresserprozess Dahsel-Schwärzt demnächst vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte abspielen. Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bruhn, der im Dahsel-Schwärzt-Prozess als Verleger der „Wahrheit“ eine so eigenartige Rolle gespielt hat, führt sich durch einen Artikel der Zeitungskorrespondenz „Deutsche Journalpost“ (Schweber u. Verhök) in Berlin beliebt, den die genannte Korrespondenz Ende August d. Js. an die von ihr bedienten Zeitungen versandt hat. In diesem Artikel war die Erpresseraffäre eingehend geschildert und schon damals darauf hingewiesen worden, daß der Redakteur Dahsel kaum als der Hauptschuldige anzusehen sei, da er sich länger als ein Jahrzehnt hindurch als Journalist und Redakteur einwandlos frei geführt habe und also erst nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst für Tageszeitungen bzw. seinem Eintritt in die Redaktion der „Wahrheit“ des Reichstagsabgeordneten Bruhn, korruptiert worden sein könne. Durch die letzte Wendung übte sich Herr Bruhn selbst und erobert nun in den letzten Wochen eine ganze Serie von Privatklagen gegen die Zeitungen, die jenen Artikel der „Deutschen Journalpost“ übernommen hatten und gegen den Herausgeber dieser Korrespondenz, den Journalisten Paul Schneider in Berlin. Da nun die „Deutsche Journalpost“ über 300 deutsche Zeitungen bedient, und der Herr Bruhn die gemeinsame Verhandlung sämtlicher Privatklagen vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte beantragt hat, so wird sich vor diesem Gericht demnächst ein allgemeiner deutscher Redakteurtag zusammenfinden, bei dem sich Gelegenheit bieten dürfte, die Affäre Bruhn im Anschluß an die Ergebnisse des Dahsel-Schwärzt-Prozesses noch etwas eingehender zu erörtern. Die Vertretung des Privatklägers Bruhn hat Rechtsanwalt Dr. Bröder, die der Privatbeschlagten Rechtsanwälte Dr. Pauer-Verlin übernommen.

Die Art der Tabakarbeiter. Die sozialdemokratische Prophezeiung, daß die für die arbeitslos werdenden Tabakarbeiter bewilligten 4 Millionen Mark die Wirkung des Tropfens auf einen heißen Stein haben werden, hat sich erfüllt. Die Mißgunnung greift jetzt selbst in Arbeiter eise hinüber, deren „gute Gesinnung“ sonst außer Zweifel steht. Der sächsische Landesverband evangelischer Arbeitervereine hat nämlich beschlossen, an den Reichstagswahlen das Ersuchen zu richten, nicht nur dafür zu sorgen, daß die bereits bewilligten 4 Millionen Mark sofort zur Auszahlung gelangen, sondern auch Vorfrage dafür zu treffen, daß der Reichstag weitere Mittel zur Verfügung stellt. Gleichzeitig wird gemeldet, daß in Hamburg weitere 800 Tabakarbeiter brotlos geworden sind. Mit den bereits vorige Woche entlassenen 800 Mann sind jetzt allein in Hamburg-Altona 1100 Tabakarbeiter brotlos. Und noch ist das Ende der Wirkung der Tabaksteuer auf die Tabakarbeiter nicht abzusehen. Herr Sydow kann sich auf das Wort, das er und der Schnapsblock geschaffen haben.

Die sächsischen Landtagswahlen. Das sächsische Ministerium ordnete an, daß mit Rücksicht auf das ergangene Urteil des Oberlandesgerichts betr. der Anwendung des sog. Kinderparagrafen

Victoria.

Roman von Minna Reusch.

16) (Nachdem vorüber.)

Nicht nicht. „Dies Gefühl mag Sie wohl auch an ihn geknüpft haben.“

„Nicht“, man liebt ja in seinem Geschöpfe doch eigentlich sich selbst, aber seitdem ich ihn genauer kenne, seitdem ich seine letzte Bildungsfähigkeit, seine Gabe der Anpassung beobachtet habe, ist mein Vertrauen noch gewachsen, ringsumher. Gewiß, Oswald hat eine große Zukunft, und es soll alles geschehen, um ihm sein Ziel möglichst nahe zu rücken.“

„Ich zweifle nicht an Ihrer Geschicklichkeit, dies durchzuführen.“

„Nichts seine und gewisse Züge nahmen eine ständige übermäßigen Stolz an, es schien ihm eine hohe und grausame Verleumdung zu gewöhnen, den einen in die Wolken zu erheben und zugleich den anderen zu demütigen.“

„Oswald hat für diesen Herbst eine Einladung zu dem Fürsten Schwanda auf seine Güter in Böhmen erhalten“, sagte er, sich in den Sessel zurücklehnd, „er wird, unter der hohen Aufsicht lebend, sich vollständig zum Weltmann umformen und in den Zauberkreis des daselbst dominierenden Geschmacks gezogen werden. Er wird erfahren, was diesen Kreisen am besten behagt, was dort gefällt, und dies wird fortan seine Richtung sein.“

„Und fürchten Sie nicht, daß seine Individualität darunter leiden und er seine Eigenart und Ursprünglichkeit allmählich einbüßen werde?“

„Nein“, sagte Fiedl kurz, „ich glaube es nicht. Im übrigen würde es mich durchaus nicht beunruhigen, wenn Oswald sich von jedem Hyperbolicismus befreit und sich der praktischen Seite zuwendet. Er soll den zeitlichen Reichtum tragen und das Bewußtsein, was in der Mode ist, was man kauft und bezahlt.“

„In den Zeiten der Geschmacksverwirrung, glaube ich, müßte dem Künstler eine andere Aufgabe zustellen.“

Fiedl beneigte sich gegen Nicht in verbindlicher Weise.

Der Künstler und Moralist mag Recht behalten, aber die leibliche Künstler mag innerlich um Gunst buhlen und den Großen schmeicheln, die ihm seinen Säckel füllen, und dabei, seien Sie versichert, wird auch der Künstler nicht zu kurz kommen, denn die Meister der hohen Kunst sind der Lebensart.

Eine kurze Pause entstand, der Gegenstand wurde fallen gelassen und Fiedl begann nun die Erörterung seiner Geschmacksverwirrung, die sie zusammengeführt.

Fiedls Wesen war mit einem Male verändert. Er war nicht mehr der seltsame, einsame, und nicht hatte niemals seine Augen so tief unter dieser unerbittlichen

Er erklärte, als er die ganze Trostlosigkeit derselben erlebte.

„So war es also wirklich so weit mit ihm gekommen? Er mußte alles hingeben?“

„Zum mindesten hätte er sich die ihm so teure Villa und den Park zu erhalten gewünscht, aber Fiedl wußte ihn von der Unmöglichkeit dieses Wunsches zu überzeugen.“

Der Schatzmeister der Fabrikalkassen war, ihrer Unzulänglichkeit wegen, ein sehr geringer. Sie wußte, so wie sie jetzt waren, für jeden Geschäftsbetrieb einfach unbrauchbar geworden, und es würde äußerst schwer fallen, einen Käufer dafür zu finden.

„Günstiger würde sich die Sache gestalten, wenn der gesamte Besitz, Park und Villa, mit den dazu gehörigen Feldern und Wäldern verkauft würden, dann könnte man besten einen Liebhaber zu finden, der einen ansehnlichen Preis dafür bezahlte.“

Fiedl machte sich anheilig, einen solchen aufzutreiben. Er wollte heute noch nicht verraten, daß er selbst dieser Liebhaber sein werde und bereits mit dem Plane umging, Villa und Park seiner Tochter Emma als Hochzeitsgeschenk zu beschreiben, aber er äußerte weiter aus, wie leicht und rasch dann die Sache abzuwickeln sein werde, die ständiger befriedigt, der Ueberfluß aber in gewinnbringenden Aktien angelegt werden könnte. Das Arrangement könnte in dieser Weise außergerichtlich geführt werden.

Nicht war sie verärgert, aber er sah wohl ein, es blühte ihm kein Wohl, und willigte in alles.

„Man war noch mit der genauen Feststellung aller Modaltäten beschäftigt, als ein Diener eilend und Fiedl eine Mitteilung in einem offenen Kuvert überbrachte.“

„Ist das noch Sie und sagte. „Wie mein kleiner Sanitätsrat seine Mahnungen stets einzuschmuggeln weis“, und zu Nicht gehend: „Lass es laut bei auf die Karte geschrieben sein: „Papa, es ist schon Uhr, Du hast heute schon wieder zu viel gearbeitet, aber ich lebe es nicht, daß Du Dich noch länger festhalten läßt, komme zu Mama herüber, bitte, bitte, es ist dringend.““

Nicht erhob sich, aber Fiedl lächelte ihm zu.

„Sie können nicht daran denken, fort zu gehen, ohne meine Damen zu begrüßen: kommen Sie, wir geben sofort hinaus.“ Er öffnete die Tür und bei den Fuß, voraus zu gehen.“

Frau Fiedl stand sich mit ihren Kindern in einem Neben Salon, der nach einer offenen Loggia und einer reich mit Blumen besetzten Terrasse hinausging.

Eine lebhaftere Handlung und lebhaftere Konversation spielte sich hier ab.

Madame Picard hielt vor einigen Tagen erst eine Anzahl herrlicher Modestücke gefertigt, und heute war sie selbst gekommen, um neue Anordnungen, die heute Vormittag ab-

die Modestücke zur Ansicht vorzulegen. Eine Unmenge von Kartons und die denselben entnommenen kostbaren Stoffe und Muster waren auf Tischen und Stühlen ausgebreitet, und Madame wußte, mit Heißhunger zweier Mannsells, dies alles in verführerischer Weise zu drapieren und zu grupieren.

Die Frau des Hauses, in ein Hauteuil zurückgelehnt, schen unter diesem Reichtum förmlich unterzugehen.

Sie war eine kleine Dame, von bemerkenswerter Fülle, mit runden Armen und Hüften, runden Händen und Fingern, runden Wangen und Lippen, sogar ihre Augen waren rund, und sie erhielt dadurch jenen etwas verwunderten Ausdruck, der meistland Frau Juno das Epitheton „die Aufhängige“ eingetragen.

Ihr Gesicht war noch jung und wohlgehalten, und zeigte kein Fältchen. Ihr Sandpapier glänzte galant ihr zu, daß sie trotz ihrer erwachsenen Jahre noch immer eine schöne Frau sei, wenn sie aber vor den Spiegel trat, erkannte sie, wenn auch noch immer unter gewissen Vorbehalten, daß dieses anwachsende Embonpoint ihre Schönheit fast beeinträchtigte. Es erschien ihr als ein namenloses Unglück, das ihr jeden Lebensgenuss vergräbt.

Seine Beseitigung wurde fortan das einzige Ziel, dem ihre geringe Energie zustrebte.

Sie hatte beständig einen Arzt, außerdem durchblättere sie selbst die verschiedensten Broschüren über Feilheitsmittel und begann bald nach der einen, bald nach der anderen Methode, wie es ihr gerade paßte, sich zu behandeln. Als Wahrung ihr Orakel war, ertheilte sie sich des Bieres und trank nur Wein; Weisshausen und Fett waren verboten, aber sie entschädigte sich um so reichlicher am Fleisch. Als sie aber Gatten durchgenommen, erkannte sie mit Vergnügen, daß dieser in seiner Diät Fett, und sogar in reichlicher Menge, erlaubte, sie entschied sich sofort für diesen, denn sie sah es gern. Nun war Schwentinger in der Mode, der alles Getränk perhorreszierte, sie versuchte es auch damit und litt an zwei Tagen wirklich Dusch, um am dritten zu der Erkenntnis zu kommen, daß eine solche Diät zu radikal sei und notwendig zu einer allgemeinen Verrottung führen müsse. Da nun wollte sie nicht kommen, bewachte, sie blühte sich ohnehin schon schlanker. Sie schmürte sich immer stark und als nun nach und nach der Stoff ihrer Latzen nachgab, sich behnte und sie darin etwas freier atmen konnte, so nahm sie dies freudig und gläubig für ein Anzeichen beginnender Magerkeit. In Wahrheit aber wurde sie immer dicker, denn dasjenige, was allein geeignet gewesen wäre, ihr eine normale Lebensbeschaffenheit zu verschaffen, nämlich Kost und mäßige Arbeit, nebst viel Bewegung in frischer Luft, konnte bei einer so botenreichen Dame natürlich nicht angestrichelt werden. Ihre Bequemlichkeit durfte nicht angelastet werden. Schon begannen sich aber die Weiden der Feilheitsmittel einzustellen und der Arzt verordnete eine Maßnahme

Stadt-Theater.

Dienstag, 7 Uhr:
 „Die Weidhänger
 von Rörberg“.
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
 „Wagnon“.
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 „Der Freischütz“.
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 „Hoffmanns Erzählungen“.
 Sonnabend, 7 Uhr:
 „Faust“.
 I. Teil.

Lobe-Theater.

Dienstag, 7 1/2 Uhr:
 „Der fidele Bauer“.
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
 „Ein Walzertraum“.
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 Zum I. Male:
 „Die geschiedene Frau“.
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 „Der fidele Bauer“.
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
 „Die geschiedene Frau“.

**Volks-Vorstellungen
 im Thalia-Theater.**

Dienstag:
 Gumboldt-Verein.
 (Abonnement-Vorstellung.)
 „Clavigo“.
 Mittwoch:
 Eisenbahner-Verein.
 „Ein toller Einfall“.
 Donnerstag:
 Gruppe A, 5. Vorstellung.
 „Mina von Barnhelm“.
 Freitag:
 Gruppe B, 5. Vorstellung:
 „Mina von Barnhelm“.

Schauspielhaus

Dienstag, 8 Uhr:
 „Die Förster-Schiffel“.
 Mittwoch, 8 Uhr:
 „Peer Wuntes Vorgeschieden“.
 Donnerstag, 8 Uhr:
 „Die Förster-Schiffel“.
 Freitag, 8 Uhr:
 „Peer Wuntes Vorgeschieden“.
 Sonnabend, 8 Uhr:
 Premiere:
 „Vergess' Gott“.
 Operette von Leo Ascher.

Liebig's Etablissement.

Neues Programm.
 Annie Tharau.
 Gudrun Hildebrandt
 und 10 neue Attraktionen.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktorla-Theater.

Gastspiel **Jean
 Blatzheim**
 und das neue
 Spezialitäten-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Sonntags wochentags gültig.

Zeltgarten

Dir.: H. Kratsch.
 Täglich
Künstler-Vorstellung
 Entree 30 Pfg.


Palmengarten

Dir.: H. Kratsch.
Oktober-Fest
 a la Münchener.
2 Kapellen.
 Entree frei
 9 Pl. Reformbier 9 Pl.

Kohltabake

in großer Auswahl empfohlen billigst
 Carl Rothbar & Rede
 Breslau I, Commercial 28.

**Bettfedern und
 fertige Betten.**


 Eye: Kautschuk-Verfahren.
 Bettfedern gratis und franko.
 Julius Kummerthick
 Breslau, Commercial 22/23.

Damen-Filzhüte

aus **Wachtel** **Wachtel**
 in der **Wachtel**
Freund & Krebs
 Neue Commercial 11, 12.
 Gültig bei allen Wochentagen. (1408)

Volksbräu

45000 Mark, 22500 Mark bar usw.

und zu gewinnen in der
Luftschiffer-Lotterie
 Ziehung bestimmt nächsten Donnerstag und Freitag.
 Lose à 3 Mark, 3 Lose für 8,50 Mark,
 5 Lose für 14 Mark, 10 Lose für 27 Mark
 empfiehlt
B. Klement, Breslau I, Ring 22, geradeüber v. Schweidn. Keller. 4795

Breslauer Gewerkschaftshaus
 Margaretenstrasse 17.

Sonntag, den 31. Oktober 1909, nachm. 3 1/2 Uhr
21. Volks-Konzert

unter Leitung des Dirigenten Herrn P. Rüter
 arrangiert vom
Sozialdemokratischen Verein.

PROGRAMM:

- | | |
|---|---|
| I. Teil. | 5. „Tasso“, Lamento e
Trionfo Fr. Liszt.
Symphonische Dichtung. |
| 1. Ouverture zur Oper
„Hans Heiling“ H. Marschner. | |
| 2. Largo G. Haendel. | |
| 3. Fantasie aus d. Oper
„Aida“ G. Verdi. | |
| II. Teil. | III. Teil. |
| 4. I. und II. Satz a. d.
Violin-Konzert . . . Mendelssohn-
Bartholdy.
(Herr Konzertmeister Henrichs) | 6. Szenen aus der Oper
„Lehngarin“ R. Wagner. |
| | 7. Einleitung z. 5. Akt
aus „König Manfred“ . . . K. Reinecke. |
| | 8. Seid umschlungen
Millionen, Walzer . . . Johann Strauss. |

Entree 30 Pf.

Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Programme sind bei den Distrikts- und Bezirksführern, in der Expedition der „Volkswacht“, im Gewerkschaftshaus, in den Sekretariaten, in den Verbandsbüros und bei den Kolporturen zu haben.

Schönes großes Vereinszimmer

mit Kamin, 100 Personen fassend,
 Donnerstag, Freitag u. Sonntag zu vergeb.
 „Ged. Schwan“, Kupferstraße 22,
 4805
 Eine gut nähende Singer-Maschine
 für 21 Mark 4385
 bei Rosenfeld, Neumarkt Nr. 1.

Verbraucherverein für Gottesberg u. Umgegend, G. G. m. b. H.

Gottesberg i. Schl.
 Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt einen mit
 der doppelten
vollkommen vertrauten
ersten Buchhalter.
 Kenntnis des Genossenschaftswesens erwünscht. 4806
 Besf. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche, von Re-
 ferenzen, des Datums der Möglichkeit des event. Eintritts, sowie
 Zeugnisabschriften sind umgehend zu richten an
Verbraucherverein für Gottesberg u. Umgegend,
 G. G. m. b. H.

Lüchtige Ristenmacherin

Die Risten selbst nagelt oder mit der Festmaschine verankert ist, zum sofortigen An-
 tritt gesucht.
Gebr. Dresdner, Zigarrenfabrik, Briesg, Bez. Breslau. 4767

Zweimal konfisziert gewesen.

In Russland und Ungarn verboten.
Ssanin.
 Sitten-Roman
 aus den Tagen der russischen Revolution.
 Von M. Arrybaschew.
 Vollständige Ausgabe. — Uebersetzt von L. Wiebeck.
 In zwei Heften 30000 Exemplare verkauft!
 Dieser Roman — ein Kunstwerk — hat überall das
 grösste Aufsehen erregt, schildert er doch zum Teil eine
 Zeit, die besonders für die kämpfenden Proletarier von
 grossem Interesse ist. — Bei einem Umfang von 430 Seiten
 kostet das Buch
 nur Mk. 1.50
 nach auswärts Mk. 1.80.
 Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“
 und die Kolporturen.

Geschenkbändchen

in Leder gebunden, als:
 Goethe: Hermann und Dorothea.
 Lessing, Minna von Barnhelm.
 Schiller, Gedichte.
 Hebbel, Mutter und Kind.
 Shakespeare's Wintermärchen.
 Sommernachtstraum
 Burnett, Der kleine Lord.
 Voss, Luise.
 Fouque, Undine.
 Byron, Manfred.
 Petersen, Die Irrlichter.
 Die Einbände sind durch Sonne etc. beschädigt.
 Per Bändchen 90 Pf., früher 3.— Mk.
 Zu beziehen durch die
 Buchhandlung der „Volkswacht“.

**Seltenes
 Angebot!**

Von
Dienstag

den 12. Oktober ab
 gelangt ein grosser Posten
 ca. 300 Stück bester

**Tuch- und
 Flanell-Blusen,**

welche die Firma zur Beschäftigung
 ihrer Arbeitskräfte in der stillen Zeit
 anfertigen liess, zu nachstehenden Preisen
 :: :: zum Verkauf: :: ::

Beste reinwollene Qualitäten.

Serie I das Stück Mk. 6.35
Serie II das Stück Mk. 8.50

1a. Verarbeitung. — Guter Sitz.

Gleichzeitig gelangt eine grössere Anzahl

**gestrickter
 Golf-Jacken**

in weiss und farbig,
 Fassons, die nicht mehr ergänzt werden,

20% unter bisherigen
 Preisen

zum Ausverkauf.

Leinenhaus

Bielschowsky

Breslau, Nikolaistrasse 75/76
 Ecke der Herrenstr.

Soeben erschienen:

**Die taktischen Differenzen
 in der Arbeiterbewegung**

von
 Anton Pannekoek.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung Volkswacht.

**Proletarierkrankheit und
 franke Proletarier.**

Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas
 Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

**Illustrierter Neue
 Welt-Kalender 1910**

34. Jahrgang.

Preis: 40 Pfennige.

Bei Einzelbezug nach auswärts bitten wir um Einrechnung des
 Betrages mehr 10 Pfennigen in deutschen Briefmarken für Porto.

Buchhandlung „Volkswacht“

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Oktober.

Geschichtskalender.

13. Oktober.

- 1882 Gottlieb Kinkel, Freiheitskämpfer von 1848 f.
- 1905 Friedrich Horn, sozialdemokratischer Abgeordneter für Elberfeld, f.

Weitere Steigerung der Schweinepreise.

Die Aufwärtsbewegung der Schweinepreise nimmt noch immer kein Ende. Dabei haben die Preise allmählich ein derartig hohes Niveau erreicht, daß eine weitere Steigerung äußerst bedenklich ist. Gerade im laufenden Jahre ist die erneute Verteuerung des Schweinefleisches, die naturgemäß auf die Steigerung der Schweinepreise hin eintreten muß, überaus bedauerlich. Vorläufig kann im allgemeinen für die Haushaltskosten noch nicht viel mehr als im vergangenen Jahre ausgegeben werden, jedoch eine so starke Verteuerung eines der wichtigsten Volksnahrungsmittel eine Einschränkung oder Verschlechterung der Ernährung unbedingt zur Folge haben muß. Auch der Monat September hat wieder ein erneutes Ansteigen der Preiskurve gebracht und nunmehr stehen die Preise auf einer Höhe, die sie seit einer ganzen Reihe von Jahren überhaupt noch nicht erreicht hatten. In zwei Städten und zwar in Klausen i. B. und in Stuttgart, wo der Höchstpreis für Schweine Anfang Oktober dieses Jahres bis auf 164 Mark pro Doppelzentner hinauf, während im ganzen Jahre 1908, das als „Teuerungsjahr“ bezeichnet wird, der höchste Preis mit 150 Mark notiert wurde. Aber nicht nur die beste Sorte hat sich so verteuert, sondern auch die geringen Qualitäten stehen zum Teil beträchtlich höher als 1908. Ein Vergleich mit dem Vorjahr aber zeigt erst recht, welche ungewöhnliche Höhe die Schweinepreise in diesem Jahre erreicht haben. Die Städte, in denen die Preise auf ein ganz besonders hohes Niveau gelangt sind, sind folgende: 50 Kilo Lebendgewicht kosteten in Mark Anfang Oktober:

	1908	1909
Breslau	55-63	60-78
Stuttgart	66-78	70-82
Klausen i. B.	65-74	74-82
Dresden	61-71	70-80
Frankfurt a. M.	65-74	72-79
München	66-69	70-78
Wien	63-74	65-79
Berlin	62-66 1/2	69-78

Besonders zahlreich ist Sachsen unter den Städten mit den höchsten Schweinepreisen vertreten. Im Vergleich zum Vorjahre haben sich die Schweinepreise vornehmlich in München, Breslau und Berlin verteuert; in Breslau beträgt die Steigerung bis zu 15 Mark!

*** Fleischsteuern und Geflügelsteuern.** Bei der reichsgesetzlich erzwungenen Abschaffung der Schlachtsteuer soll bekanntlich den Gemeinden die Möglichkeit offen gelassen werden, die Steuern für Wild und Geflügel weiter zu erheben. Es könnte also einmal ausnahmsweise eine indirekte Steuer erhalten bleiben, die mehr den Besitzenden als den Armen trifft. Da ist es dann interessant zu beobachten, wie sich die Herrschaften dazu stellen, die sonst den indirekten Steuern immer das Wort reden. In der „Schiff, Morgengeldung“ des Pastor Mischke befindet sich folgendes Eingefandt:

Als vor einiger Zeit die Nachricht durch die Zeitungen ging, daß die Erhebung der städtischen indirekten Steuern durch Gesetz vom 1. April 1910 ab auch in Breslau ausgeführt werden sollte, wurde diese Mitteilung allgemein mit Freude begrüßt, ausgenommen wohl von den Vertretern des Stadtsäckels, die nun auf Erhöhungen sinnten. Neuerdings ist nun entschieden worden, daß die städtischen Abgaben auf Wildpret und Geflügel ungeachtet der Aufhebung der Schlachtsteuer bestehen bleiben können, und es scheint an maßgebender Stelle in Breslau ernstlich erwogen zu werden, ob diese Steuern nicht beibehalten werden sollen. Die Beibehaltung hätte zur Folge, daß der gesamte Steuer-Verwaltungsapparat mit seinen vielen Beamten an den Grenzen der Stadt erhalten bleibt; kann wenn die Verwaltung keine so intensive wie zur Zeit bleibt, ist dem Städtischen Rat und der Stadtverwaltung die erhofften Einnahmen bleiben zum großen Teil aus. Wenn aber notwendigweise die Steuererhebung an den Stadtgrenzen in den selben Umfang wie bisher auch nach dem 1. April 1910 ausgeübt wird, ist es zur Erzielung eines Einnahme-Überschusses erforderlich, die Steuern auf Wildpret und Geflügel beträchtlich zu erhöhen. Gegen eine solche Verteuerung von Lebensmitteln aber muß entschieden Einspruch erhoben werden! Wie würde sich auch eine solche Praxis mit den Liberalen, in der Reichspolitik betätigten Theorien der großstädtischen Verwaltungen decken?

Vor allem aber wäre es im höchsten Grade zu bedauern, wenn die vielen Unbequemlichkeiten, die jetzt dem Publikum durch die Fleischsteuer erwachsen, bestehen bleiben sollten. Kommt man von einer Meile und will den Bahnhof verlassen, so wird man, wenn die Handtasche usw. dem Steuerbeamten einigermaßen verdächtig erscheint, angehalten, unter Umständen veranlaßt, den Inhalt vorzuzugehen und so in unerwünschter Weise aufzuhalten; am meisten ist das obenstehende die kleinen Leute, wenn sie zum Besuch bei Verwandten auf dem Lande heimkehrend, ein Stück Geflügel zur Unterstützung des knappen Wirtschaftsgeldes mitbringen. Oder der Jagdliebhaber kommt müde von der Jagd zurück und muß mit seiner Beute erst zur Steuer wandern, um dann vielleicht infolge dieses Mühsals keine Frische mehr vorzufinden. Viel mehr Ärger noch entsteht aber dadurch, daß die Postboten, die in Breslau eingehen, von einem Steuerbeamten zur Steuer verwiesen werden, wenn dieser aus der früheren Beschaffenheit des Paketes auf „Fleisch“ Inhalt bezweifeln sollte. Natürlich ist dabei nicht zu vermeiden, daß auch Fremder unterlaufen, und sogenannten „unschuldige“ Pakete zur Steuerstelle wandern, die keinen steuerpflichtigen Inhalt haben. Der Empfänger des Paketes muß nun entweder selbst auf die Steuerstelle zur Öffnung des Paketes sich bemühen, womit besonders in verkehrsreicher Zeit großer Zeitverlust verbunden ist, oder aber er muß die Post mit der Versteuerung beauftragen, wofür die eine Gebühr von 20 Pfennig erhebt. Jedenfalls erhält man die Sendung später als andere nicht steuerpflichtige Pakete. Nicht am wenigsten würde die Post es beklagen, wenn die Wildpret- und Geflügelsteuer bestehen bliebe. Denn die besondere Behandlung der Fleischpakete verurteilt den Postboten viel Umstände und erschwert den Betrieb in mancher Hinsicht. Auch die Eisenbahn würde die Aufhebung der Steuer gewiß gern sehen. — Also verhältnismäßig geringe Einnahme, dagegen viel Ärgerereien für das Publikum und Umstände für die Behörden. Daher weg mit dieser mittelalterlichen Zollschranke! Hoffentlich gelingt es den Stadtvätern, eine nicht zu empfindlich erscheinende Abgabe auf anderem Gebiete zu finden!

Sieh mal einer an! Wie genau die Herren Jagdliebhaber alle Schäden einer indirekten Steuer, alle Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten aufzufinden wissen, wenn sie weiter bezahlen sollen. Der ganze schwierige Apparat ist mit den Stimmen der Konservativen so lange aufrecht erhalten geblieben, bis das Reichsgesetz die Aenderung erzwang, das ganze Volk konnte belästigt und schikaniert werden — die reichen Herren aber danken für das Vergnügen.

*** Ein Raubanfall auf bayerische Zentrumsabgeordnete.** Die Breslauer Zentrumspresse hat sich wiederholt über die Fabrikanten, Zwischenhändler, Gastwirte usw. entrüstet, die die Preise ihrer durch die Steuer-

erhöhung betroffenen Waren mehr hinaufgeschraubt haben als die neuen Steuerfüße betragen. Wenn diese Entrüstung berechtigt ist, so darf dabei freilich nicht übersehen werden, daß an solchen „Abrundungen nach oben“ sich auch Ultramontane ganz munter mit beteiligen. Aber selten wird das mit solcher Unverfrorenheit geschehen, wie sie ein Unternehmen bewiesen hat, das man fast als eine ultramontane Parteieinrichtung ansprechen darf. Und das Weitere dabei ist, daß die Sache — hier in des Wortes wahrer Bedeutung — in erster Linie ultramontane Abgeordnete zahlen sollen.

Das dem katholischen Kasino gehörige Hotel „Union“ in München, das „Kriegslager“ der „angesehensten Mitglieder“ und der „hohen Herren“ der bayerischen Zentrumsfraktion, wie ein kirchliches Blatt schreibt, hat den zur Landtagszeit dort wohnenden Abgeordneten eröffnet, daß „infolge der Reichsfinanzreform“ künftig der Morgenkaffee statt 50 Pf. 80 Pf. kostet und das Zimmer 50 Mark statt, wie bisher, 45 Mark monatlich. Infolge dieser Raubanfalls haben 6 Zentrumsabgeordnete die Flucht aus dem Hotel „Union“ angetreten.

Wir bemerken ausdrücklich, daß wir diese erbauischen Mitteilungen einem kirchlichen Organ, dem „Bayerischen Vaterland“ entnehmen, das seinen Bericht wehmütig mit dem Senker beschießt: „Wenn so etwas am grünen Folie geschieht . . .“

„Volkswacht“ und „Volkzeitung“. In unserer Abonnements-Einladung am Sonntag hatten wir geschrieben:

Selbst denken lernen — das ist unser Ziel. Alles was im öffentlichen Leben passiert, wird dabei kritisch betrachtet von dem Standpunkte aus: was nützt oder was schadet es der Kultur der Menschheit, den Armen? Daher kommen wir oft bei der Beurteilung irgend einer öffentlichen Frage zu anderen Resultaten, wie bürgerliche Zeitungsblätter, die alles loben müssen, was von oben geschieht, weil sie dafür bezahlt werden.

Dazu sagt die kirchliche „Volkzeitung“: Das ist so ziemlich die Höhe, die die Sozialdemokratie in ihrem maßlosen Eifer und in ihrer skrupellosen Verwerfung aller nur möglichen Mittel zum Abonnementfang erreichen konnte. Wir verwahren uns ganz energisch gegen den schändlichen Vorwurf, daß die Berichterstatter bürgerlicher Zeitungen ihre Berichte um Bezahlung fälschten. Vor allem sollte doch die Sozialdemokratie mit derartigen Vorwürfen etwas vorsichtiger umgehen, wo es doch bekannt ist, daß gerade ihre Redaktoren die untreuesten der ganzen Presse sind. Bei ihnen ist bekanntlich der Grundtat in der Partei Dogma, daß der Redakteur seine eigene Meinung gegenüber der Partei haben darf. Und wer nicht partiiert, der fliegt. Im übrigen bemerken wir zu dem folgenden Ton der „Volkswacht“, daß ihre Gesinnung, alles zu regieren, noch lange nicht auf den Namen „kritische Betrachtung“ Anspruch hat.

Untersuchen wir: Vor einem halben Jahre gab es in Nalibor einen Zentrumsredakteur, der aus seinem Herzen keine Mordgrube machte, sich für die Erbschaftsteuer und gegen die indirekten Steuern erklärte und damit die Zentrumsfraktion indirekt verurteilte. Der Mann, Dr. Meher, blieb kaum acht Wochen an seinem Plage, dann flog er auf's Pflaster, weil er nicht so geschrieen hatte, wie der es wollte, der ihn bezahlte. Ein ähnlicher Fall trug sich an einem süddeutschen Zentrumsblatt zu, dessen Namen wir im Augenblick nicht nachschlagen können.

Zweitens: Die sozialdemokratische Fraktion stimmte für die Erbschaftsteuer und ihre Mehrheit war gewillt, auch in dritter Lesung dafür zu stimmen. Ein Teil unserer Redakteure ist taktisch anderer Ansicht und hält es für prof-

Sonntag, den 17. Oktober: Flugblatt-Verbreitung.

Aus aller Welt.

Die Wettflieger. Bleriot bewarb sich gestern um den Schnelligkeits- und damit um den Krupp-Preis; gegen 6 Uhr erhob er sich nochmals zu einem kurzen Flug in die Luft. Baron de Caters, der schon einmal aufgestiegen war, bewarb sich um den Hans de Fabricé-Preis. Derwörter, der um 5 Uhr 10 Min. den Boden verließ, trat in Konkurrenz um den Preis der Stadt Frankfurt, landete bereits nach 28 Sekunden. Es gelangten folgende Preise zur Verteilung: Preis der Stadt Frankfurt: Erster Preis 40.000 Mk. Baron de Caters, zweiter Preis 10.000 Mk. Bleriot. Höhensteigerungspreis 10.000 Mk. Bleriot, zweiter 5000 Mk. Baron de Caters. Fünft Kilometer-Preis: 2400 Mk. Erster Bleriot, zweiter 1600 Mk., Baron de Caters. De Caters hat insgesamt sieben Preise mit zusammen 47.500 Mk., Bleriot ebenfalls sieben Preise mit 23.900 Mk. erworben.

Die Kiefer Werftaffäre vor Gericht. Die bekannten Niesenunterschiede auf der kaiserlichen Werft sollen in einer eigens zu diesem Zweck anberaumten, am Montag, den 1. November beginnenden Schwurgerichtsperiode zur Aburteilung kommen. Die Anklage richtet sich gegen insgesamt acht Personen: den früheren Magazininspektor Veinitz, die Magazininspektor Ehrhart und Fahrwärtler, sowie den Obermeister Kiecken wegen qualifizierter Unterschlagung und passiver Bestechung; ferner gegen die Kaufleute Frankenthal und Hermann Jacobsohn wegen Anstiftung und Beihilfe zur qualifizierten Unterschlagung im Amte und aktiver Bestechung, gegen den Kaufmann Bräsel wegen Beihilfe zur Unterschlagung im Amte und den Kaufmann Sigfried Jacobsohn wegen Bestechung. Die Verhandlungen werden voraussichtlich einige Wochen in Anspruch nehmen. Den Vorsitz wird der Landgerichtspräsident Dr. Andrae in Kiel führen.

Ein vierzehnjähriger Lehrling bei Dresden ermordet. Am Sonntagabend Abend in der achten Stunde ist auf einem einsamen Wege zwischen der Ortschaft Dörritz bei Dresden und der von Touristen vielbesuchten idyllisch gelagerten Schönermühle an dem 14 1/2 Jahre alten Fleischhändlerling Paul Geh ein Raubmord verübt worden. Der Lehrling war von seinem Lehrherrn, dem Fleischermeister Schumann in Dörritz bei Dresden, beauftragt worden, mehreren Wirten in Dörritz und anderen Ortschaften Fleisch- und Wurstwaren zu überbringen. Der Junge hatte rund 60 Mark einflastert, als er sich nach Eintritt der Dämmerung gegen 7 1/2 Uhr auf dem Nachhauseweg machte. Er ging auf einem einsamen Feldwege zurück nach Dörritz. Um 8 Uhr dorr-

ten mehrere Gärtnereibesitzer aus der Dresdener Umgegend den Steinbruch, und fanden hier den Lehnling in den letzten Zügen liegend und stark erschüttert. Die Schloßbedienten war ihm mit einem spitzen Gegenstand, vermutlich einem Meißel, eingeschlagen worden. Im Gesicht und im Genick hatte der Unglückliche ebenfalls schwere Verletzungen, Stichwunden, die von einem Messer herrührten. Die Fleischermühle lag in der Nähe. Das Portemonnaie mit den einflasterten Geldern fehlte. Der Sterbende war nicht mehr imstande, auch nur die geringsten Andeutungen über die Mordtat zu geben. Nach einer halben Stunde verstarb er. Ein Kampf des Ueberfallenen mit seinen Mörder hat anscheinend nicht stattgefunden. Aller Wahrscheinlichkeit ist der Mörder seinem Opfer nachgegangen und hat ihm hinterhältig die Todeswunde beigebracht.

Eine spätere Nachricht hierzu besagt, daß ein Dienstmädchen namens Witke als Mörder des Lehrlings verhaftet worden ist.

Ein Drama im Walde. Im Glosower Walde bei Rheinsberg i. M. hat sich dieser Tage eine mysteriöse Szene abgespielt. Einige junge Leute aus Rheinsberg, unter denen sich der Forstausseher Seyditz befand, hatten einen Ausflug nach Neu-Glosow unternommen, den sie zunächst zu einem gemeinsamen Spaziergange im Walde ausmachten. In einem See bewunderte die kleine Gesellschaft den Sonnenuntergang und stimmte Kommerstlieder an, an deren Absagen sich auch der genannte Forstausseher in heiterer Stimmung beteiligte. Plötzlich sagte Seyditz zu der Tochter des Stadtförsters Kuppel: „Kräutlein, Sie verlieren Ihre Hutnadel!“ In dem Augenblick, als die junge Dame die Nadel wieder in Ordnung bringen wollte, feuerte Seyditz auf einen Schritt Entfernung von hinten einen Revolverknall auf sie ab; die Kugel drang dem Mädchen in den Rücken und verletzte es schwer. Hierauf richtete der Mörder die Waffe gegen sich selbst und jagte sich eine Kugel in die Schläfe, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Das Mädchen wurde sofort nach Glosow geschafft, und telephonisch wurde ein Arzt herbeigerufen, der nach Anlegung eines Notverbandes den Rikdtransport der Schwerverletzten nach Rheinsberg für unzulässig erklärte. Erst am nächsten Tage wurde das Mädchen im Automobilkrankenwagen dem Augusta-Hospital in Berlin zugeführt, wo ihr Befinden gestern zufriedenstellend war. Eine Gerichtskommission traf auf erfolgte Anzeige in Glosow ein, um den Tatbestand festzustellen. Die Gründe, die den jungen Forstausseher zu dem Mordverbrechen und Selbstmord veranlaßt haben, sind noch unbekannt.

Das Liebesabenteuer des Bruders Studio. In Neapel spielte sich eine Scene à la Boccaccio ab, nur daß sie einer tragischen Hintersage hatte. Aus Rom wird berichtet: Es war um 8 Uhr Morgens, als aus einem Palazzo der Via Babuina ein völlig nackter junger Mann herausschürzte und aus Verbeirkräften davonzurennen begann, während ihm eine johlende Menschenmenge folgte. Einen Augenblick darauf kam aus demselben Palazzo ein Herr gesprungen, der mit gespanntem Revolver den Flüchtling nachlief. Diese wilde Jagd durch die Straßen dauerte eine Viertelstunde, bis einige Karabinieri den Verfolger und den Verfolgten einfingen und beide festnahmen. Es stellte sich heraus, daß der Verfolger ein rechtschaffener Ehemann war, der aus einem Zufall früher, als erwartet, von der Waise zurückkam und bei seiner Gattin Einquartierung fand. Der Flüchtling war ein Bruder Studio, der von Glück sagen kann, daß er so billig davon gekommen ist.

Schiffszusammenstoß. Aus Schweden wird gemeldet: Der schwedische Dampfer „Ahea“ kollidierte bei Schweden mit der deutschen Galeasse „Olga“ aus Anklam, die mit einer Granitladung nach Swetina bestimmt war. Die „Olga“ wurde mitten durchgeschnitten und sank sofort. Die „Ahea“ ist nur wenig beschädigt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Meine Nachrichten. Auf dem Wege zwischen Breitenhausen und Uebenscheid im Westerwald wurde der Maurer Jung aus Breitenhausen mit durchschnittenem Hals aufgefunden. Zwei Jagd auf die Fabrie geflehte Hunde nahmen eine Spur nach Breitenhausen auf, wo sie in ein Haus liefen und vor dem Fell eines noch schlafenden 23-jährigen Burschen stehen blieben. Dieser gestand denn auch ein, den Jung ermordet zu haben. Ein älterer Mann wurde Sonntag Abend im Eisenbahnzug auf der Strecke Duisburg-Krefeld verhaftet. Ein älterer Lehrling wurde im Coupe unwohl. Ein mitreisender Herr bot ihm darauf ein Rikspulver an. Die Legezeit wurde schmerzhaft. Beim Einweichen war der Mann verschwunden, mit ihm ein in ein Taschentuch eingewickelter Betrag von 1000 Mark. Die Dame konnte keine nähere Beschreibung von dem Täter geben. Ein schwerer Brandfall ereignete sich Montagvormittag in Bismarckhof bei Berlin. Bei einem dort aufgestellten Neubau wurde der Gerüst in einer Höhe von etwa 20 Metern in sich gesunken. Die Arbeiter wurden unter dem Schutt begraben. Unter Mitwirkung der Feuerwehr gelang es, die Beengten zu befreien. Vier ist tot, die anderen sind schwer verletzt.

Maß, die wünschenswert mitsamt der individuellen abzu-
lehnen. Keinem von ihnen ist bisher ein Haar gekrümmt
worden.

War also unsere Behauptung richtig oder die der
„Volkzeitung“? Vielleicht legt die „Volkzeitung“ diese
Frage ihren Lesern vor — aber unter wärrlicher Mitteilung
aller hier mitgeteilten Einzelheiten.

Der Kampf um die Invalidenrente. In der
letzten Sitzung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung
vom 8. d. Mts. waren 27 Invalidenstreitsachen zu ver-
handeln. Teils lagen Anträge der Landesversicherung auf
Entziehung der Rente, teils Gesuche um Vornahme der-
selben vor. Bei den Rentenzuziehungen konnte man deut-
lich die Beobachtung machen, daß bei der Landesversicherung
Schlesien die Tendenz vorliegt, nichts zu bewilligen. In den
sonstigen Fällen, bei denen der Vertrauensarzt Befreiung des Krank-
heitszustandes festgestellt hatte, trat sofort Entziehung ein,
in den Fällen aber, wo die Invalidität als noch vorhanden
begutachtet wurde, wurde noch ein Obergutachten ein-
gefordert.

Eine Frau bezog etwa zwei Jahre die Invalidenrente, sie wurde
dann einer Nachuntersuchung unterzogen und da stellte Doktor
Stempel eine Befreiung fest. Die Landesversicherung entzog die
Rente. Die Frau klagte und brachte ihrerseits zwei ärztliche Atteste
von Dr. Traub und Dr. Reimann bei, die beglaubigten, daß
die Frau bei ihren Krampfadernschmerzen und sonstigen Leiden un-
möglich arbeiten könne. Das Schiedsgericht stützte sich auf das
Gutachten des Dr. Stempel und wies die Frau ab.

In einem anderen Falle hatte Dr. Stempel die In-
validität bestätigt, das genügte der Landesversicherung nicht, es
mußte noch einmal genau untersucht werden; auch diese „genaue
Untersuchung“ ergab das Gegenteil. Man muß diese Kranken und
stehen Gestalten sehen, um zu wissen, wie es mit der „gegenwärtigen
Invalidenversicherung“ beschaffen ist.

Unter den Personen, die um die Rente bitten, befanden sich
3 Männer, die 1857 geboren, also über 70 Jahre alt sind. Ja, im
Alter von 70 Jahren gibt es doch Altersrente, hört man allgemein
sagen, o nein, erst dann, wenn die nötige Anzahl Marken gestellt
sind. Diese Männer hatten nur soviel Marken gestellt, als die
Verwaltung des Bezuges der Invalidenrente gebührt. Nach Ansicht
der Vertrauensärzte waren diese Leute, trotz ihres hohen Alters noch
imstande, das geistliche Amt im Jahre (100 Mk.) durch leichte
landwirtschaftliche oder häusliche Arbeit zu verdienen und sie wurden
abgewiesen. Wenn diese Alten die Altersrente erreichen wollen,
müssen sie noch ein paar Jahre leben und in versicherungspflichtiger
Tätigkeit stehen.

Ein recht trauriges Bild bot ein 69-jähriger alter Knabe
namens Belsch aus Koblenz, Kreis Neumarkt. Ihnen, bemerkte
der Vorsitzende, können wir die Rente nicht geben, warten Sie noch
ein halbes Jahr, dann bekommen Sie ja die Altersrente. Darüber
war der Bittende sehr bestürzt und er klagte: „für mich
würde es das Beste, Sie entscheiden mich.“ Bei wem arbeiten Sie
dann? fragte der Vorsitzende. Im Dominium schon seit 30 Jahren.
Da lauchte einer der Richter von den Arbeitgebern. Der alte Mann
hatte sich verplappert, denn wer noch arbeitet, kann nicht Invaliden-
rente bekommen. Hatte der Bittende doch lieber gefragt: Können Sie denn
noch arbeiten, die Antwort hätte gewiß anders geklungen.

Der Mann erzählte traurig, er wohne mit seiner Frau
und noch einem fremden Mann im Armenhause. Das ist
der Lohn nach 30-jähriger schwerer Arbeit. Der Mann
wurde abgewiesen. So steht es nun mit der vielgepriesenen
sozialen Gesetzgebung.

**Vom Verbands der Schneider, Schneiderinnen
und Wäschearbeiter** erhalten wir folgende Zuschrift:

Gegenwärtig wird vom christlichen Schneider-
verband ein Flugblatt verbreitet, dessen Inhalt uns zu
einigen Bemerkungen Anlaß gibt, obwohl uns sonst das Gefühl
dieser keinen Gernegroße nicht weiter führen kann. In dem Ge-
schreibsel wird gesagt, daß ein großer Teil der Gewerkschafts-
gelber in die Partei der wandere und deshalb viele Streiks
wegen Geldmangel unterbleiben und abgebrochen werden müßten.
Hierbei sei auch der freie Schneiderverband beteiligt. Diese
Behauptung ist gleich dumm wie erlogen. Wenn jemals bei
Reichstagswahlen in den Gewerkschaften gesammelt wurde, so
war das Geld jedenfalls besser aufgehoben, als in den christ-
lichen Gewerkschaften. Aber, verehrter Herr Kolte! Müssen
Sie uns nicht lieber beweisen, daß wir im Jahre 1907
erst unsere Verbandsgelder zur Reichstagswahl hergegeben und
dann wegen Geldmangel Streiks abbrechen mußten, als daß Sie
drei darauf los schwindeln? Sie wissen genau so gut wie wir,
daß im Jahre 1906 und 1907 von unserer Hauptkasse allein für
Lohnbewegungen 475.000 Mark verausgabt wurden. Wollen Sie
nicht einmal die Ausgaben des christlichen Verbandes
für den gleichen Zweck mit diesen Zahlen ver-
gleichen? Oder glauben Sie vielleicht mit Ihren 12.744
Mark Hauptkassenbestand, der Ende 1908 vorhanden war, die
Welt einzurufen zu können? Wir wollen nicht mit unserem bei-
nahe eine halbe Million betragenden Kampffonds prahlen, aber
jeder vernünftig denkende Kollege wird wissen, welcher Gewer-
schaft er sich anzuschließen hat. Denkt an die christlichen Gewer-
schaftsführer und an deren Haltung im Schnapsbrot. Alle mit-
einander haben sie dazu beigetragen, dem Volke die neuen Löhne
aufzubürden, als deren „Vertreter“ sie im Reichstag sitzen. Die
höchst organisierten Tabakarbeiter haben seinerzeit ihre Führer
ersucht, im Reichstage gegen die neue Belastung der
Tabakindustrie zu stimmen; mit welchem Erfolg, wissen
wir bereits. Das Interesse des Schnapsbroters fand diesen
„Vollstrecker“ höher als das der christlich organisierten Tabak-
arbeiter. Der Verband der Schneider, Schneiderinnen und
Wäschearbeiter steht auf politisch neutraler Grundlage.
Wenn der größte Teil seiner Mitglieder überzeugte Sozialdemo-
kraten sind, so wissen sie jedenfalls, warum. Dieser Verband hat
es in den 21 Jahren seines Bestehens verstanden, in der rich-
tigen Weise die Interessen seiner Mitglieder zu wahren und die
Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. In über 250 Orten
sind Tarife abgeschlossen worden. Wir wollen einmal die Tarife
sehen, die der christliche Verband hätte abschließen müssen.
Bei denjenigen Tarifverhältnissen und dem Mitgliederbestande,
wie sie der christliche Verband aufzuweisen hat, ist es auch gar
nicht möglich, Lohnforderungen den genügenden Nachdruck zu
verleihen.

Sie aber haben Sie vergessen in Ihrem Flugblatt, Herr
Kolte! Sie laden nur Katholiken und Protestanten zum Bei-
tritt ein. Dabei haben Sie doch selbst behauptet, daß auch
evangelische Kollegen zu Ihren Mitgliedern zählen. Also das
wichtige Mal nicht vergessen, auch um die Gunst der israelitischen
Kollegen zu werben, sonst treten sie schließlich doch so gehäuft
zu den Verbänden bei.

Wir aber richten an alle Parteigenossen das dringende
Gesuchen, dem Verband der Schneider, Schneiderinnen und
Wäschearbeiter den Beistand zu bewahren. Dank in jeder Hinsicht.

ramte in irgend jemand in der Schneidererei beschäftigt und dem-
zufolge für uns als Mitglied zu gewinnen. Der Vater, der
Bruder ist in seiner Gewerkschaft organisiert, nur die Frau aber
die Tochter und Schwester hat man dazu noch nicht angehalten.

Gewerkschaftsmitglied! Sorgt dafür, daß das anders wird!
Unsere Interessen sind auch eure Interessen. Beistandserklärungen
nimmt entgegen Bernhard Richter, Wäbherstraße 22, partier.
Außerdem jeden Sonnabend Abends im „Blauen Schiff“,
Herrenstraße 19.

Fortschritte der Genossenschaftsbewegung.
Am Sonntag hatte das Gewerkschaftsblatt in Deutsch-
Bissa eine sehr gut besuchte öffentliche Gewerkschafts-Ver-
sammlung veranstaltet, in der Genosse Th. Müller aus
Breslau über die Bedeutung der Konsumvereine für die Ar-
beiterklasse referierte. In den beifällig aufgenommenen Vor-
trag schloß sich eine rege Debatte. Es wurde beschlossen, von
der Errichtung eines selbständigen Konsumvereins Abstand zu
nehmen und sich dem Konsum- und Sparverein „Vorwärts“
in Breslau anzuschließen. Eine größere Anzahl Teilnehmer
der Versammlung traten sofort dieser Genossenschaft als Mit-
glieder bei.

**Versammlung des Bundes technisch-industrieller Ge-
amter.** In einer öffentlichen Techniker-Versammlung, die zum Unter-
schied von ihren Vorgängern polizeilich überwacht war, sprach
am Montag Abend das Mitglied des Hauptvorstandes vom
Bund technisch-industrieller Beamten Herr Granzin über
„Soziale Rechtspflege“. Ausgehend von der Tatsache,
daß die heutige Rechtsprechung in fast allen Gegenständen zum
Nachteil des Volkes steht und daß das Großkapital dem
Arbeiterstand das Recht auf eine freie Persönlichkeit unterbrückt,
forderte der Redner eine Reform der Rechtspflege. Ihre Not-
wendigkeit sei sogar von anerkannten Justizautoritäten bestritten,
so von Gamm-Loon und dem national-liberalen Abgeordneten
Geinze, der das Bestehen einer Klassenjustiz indirekt zugab.
Redner machte einige ironische Bemerkungen über den Bildungs-
gang mancher Richter, die nach durchgelaufenen Semestern
und von einem Einpauser zum Examen durchdrückt, auf das Volk
losgelassen werden. Er wies die tatsächliche Unabhängigkeit
des Richterstandes an, da das Streben um die Angst, die
Karriere nicht vollenden zu können, die geistliche Sicherstellung
des Richters vor Maßregelung unwirksam mache. Redner führte
eine Anzahl Beispiele aus der Rechtsprechung gegenüber Arbeitern
(Streikposten), gegenüber Angestellten (Konturrenzklagen) und aus
der allgemeinen Strafrechtsprechung (Fürstin Wrede) an, um seine
Behauptungen durch Beweise zu stützen. In den 400 Prozessen,
die der Bund für seine Mitglieder geführt habe, sei er nur
selten auf sozial empfindliche Richter gestoßen,
fast alle Konturrenzklagen mit 10.000 Mark Konventionalstrafe bei
einem Monatsgehalt von 125 Mark seien als rechtskräftig an-
erkannt worden! Von dem Einbringen des Laienelements in das
Justizwesen, von einer Stärkung der Rechtskunde
im ganzen Volke und von kräftigen Arbeiterorganisationen,
die das Interesse ihrer Mitglieder auch in der Rechtspflege
wahren, verspricht sich Redner die dringend notwendige Besserung.
Dabei gehörten die Kapitalarbeiter an die Seite der Son-
darkerbeiter, jede Sonderbündelei, wie sie leider von großen
Handlungsgehilfenverbänden nach verlangt wurde, sei zu ver-
weifen. Der Wunsch von Technikerständen aus Gewerbegebiet
der Arbeiter genüge zur Erfüllung dieser Wünsche, wenn man mit
den Arbeitern zusammen tätig ist, in der Straßenbahn fährt usw.,
dann könne man auch ruhig mit ihnen arbeiten. Standes-
bündel ist von Uebel. Diesen letzten, beifällig aufgenommenen Aus-
führungen trat in der Debatte der freisinnige Parteisekretär
Müller bei, während der national-liberale Rechtsanwalt Dr.
Friedrichsburg die Kritik des Referenten an der Recht-
sprechung als übertrieben zurückweisen wollte. Ihm trat Genosse
Löbe mit einer Anzahl von Beispielen über Breslauer Streit-
und Konfliktrechtsurteile entgegen. Der Referent stimmte
diesen Ausführungen unserer Genossen zu, hob aber hervor, daß
der Beifall, den Löbe bekommen habe, die Gegner des Bundes
nicht berechtige, diesen als eine sozialdemokratische Organisation
anzusehen. Der Bund sei eine politisch neutrale Organisation
auf gemeinschaftlichem Boden, von den einzelnen Mitgliedern sei
allerdings Betätigung in den verschiedenen Parteien sehr er-
wünscht. Eine Resolution, die vom Reichstage her im Ausgange des
Technikertages verlangt, fand einstimmige Annahme. Zum Schluß
gab es noch eine kurze freundschaftliche Auseinandersetzung zwischen
dem radikalen Bund und dem harmoniefreundlichen Techniker-
Verband.

Zur letzten Zimmererversammlung, über die wir
bereits berichtet haben, wird uns noch folgendes geschrieben:
Da aus allem, was man bisher durch Zufall von den Plänen
der Unternehmer bezüglich der kommenden Lohnbewegung er-
fahren konnte, zu erhellen ist, daß ein friedlicher Abschluß nicht
zu erwarten ist, wurde beschlossen, um die Lokalfälle zu stärken,
daß die Arbeitslosenwartung bis auf weiteres abzusuchen sind.
Ferner sollen bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung
rückständige Beiträge nicht mehr abgezogen werden, vielmehr soll
jeder, der sein Recht nicht in Ordnung hat, abgewiesen werden.
In der Nummer 41 der „Baugewerkschaft“, dem Organ der christ-
lichen Bauhandwerker, ist folgende Notiz zu lesen: „Maurer und
Zimmerer für dauernde Arbeit gesucht. Sofort zu melden bei
Pfeffer, Breslau, Mauritiusplatz 4.“ Pfeffer
ist der Gauleiter der christlichen Bauhandwerker für Schlesien.
Die Breslauer Maurer und Zimmerer werden sich dies merken
und sich bei passender Gelegenheit bei Herrn Pfeffer bedanken,
und das umso mehr, je länger sie arbeitslos auf der Straße
liegen und seine Trabanten von der Seite des Fr. Wende als
Unternehmerkumpeln für das kommende Frühjahr arbeiten.
Folgende weitere Notiz in derselben Nummer der „Baugewerks-
schaft“ zeigt von der „Wahrheitsliebe“ dieser Christen. „In
Breslau haben die Genossen schon wieder einmal verfußt, die
Arbeit dort einzustellen, wo Kollegen von uns beschäftigt waren.
Besonders trifft dies auch bei den Zimmerern zu. Mögen die
Kollegen uns jedesmal sofort davon in Kenntnis setzen, damit
wir den „Genossen“ das Handwerk legen.“ Wenn der Herr
Pfeffer dies vor seinem lieben Gott wird verantworten sollen,
wird er es nicht tun können. Die Folge wird sein, daß ihm
der Eintritt in den Himmel versperrt werden wird. Im übrigen
kommen sich die Herren vom Schlage der Giesberts, Wieberg,
Schiffer und Genossen beruhigen. Unser Geld ist uns viel zu
schwer, um es wegen Leuten zu verpulvern, die keinen Schutz Pul-
ver wert sind.

Zum Schluß der Versammlung wurde noch auf den
Schnapsbrot hingewiesen und die Kameraden ersucht,
den Schnaps zu meiden.

Verband jüdischer Gasse und Schanzwirts. Am
8. d. Mts. fand im Lokal des Kollegen Gain eine Mit-
glieder-Versammlung der hiesigen Ortsgruppe statt. Vor Ein-
tritt in die Tagesordnung wurde darüber Klage geführt, daß
die „Volkswacht“ den Bericht der vorigen Versammlung, der ihr
zugeandt wurde, nicht veröffentlicht hat. (Der Bericht enthielt
nichts, was für weitere Kreise von Interesse gewesen wäre. Red.)
Sobald erhaltene der Kaiserin den Bericht über das verfloren-
e Otacal. Die Kasse war von den Redatoren geprüft und für
richtig befunden worden. Im Laufe der Verhandlung wurde
über die Biersteuer diskutiert, durch die den Gastwirten das
Leben schwer gemacht wurde. Das Bier sei so kostbar verteuert
worden, daß die Gastwirte auch ihrer eils gezwungen gewesen
seien, die Bierpreise zu erhöhen, wodurch sie sich bloß mit ihren
Gästen verheeren hätten. Es wäre das alles nicht nötig ge-
wesen, wenn die Brauer die Steuererhöhung auf sich selbst ge-
nommen hätten, was ganz gut gegangen wäre. Dann wurde
über das Verhalten der hiesigen Brauererzelen
Klage geführt. Diese hätten sich wahrscheinlich ihre Spiritus-
Behälter die Herren Karrieren um die Ecke herum
erhalten ganz einfach den Eimer Korn um 8 bis 9 Mark im

Preise, ohne auch nur ein Wort über die Notwendigkeit einer
solchen Erhöhung zu verlieren, während die Brauer wenigstens
einige scheinbare Gründe für ihre Bierpreiserhöhung vordrängen.
Die Herren Brauer haben, wie es scheint, auch das nicht ein-
mal nötig. Sie erhöhen den Wirt den Preis, und diese
müssen dann sehen, wie sie durchkommen. Wie die Dinge sich
leicht gestalten hätten, sei es keinem Wirt mehr möglich, zu er-
stieren. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten er-
ledigt, und drei neue Mitglieder aufgenommen worden, schloß
der Vorsitzende die Versammlung. Nächste Sitzung am 22. Ok-
tober bei Kollegen Gramsch, Silberbrandstraße 28.

Versammlung der Gelbmetallarbeiter. Am Sonntag
Vormittag fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der
der Gelbmetall-Industrie Beschäftigten statt. Kollege Schneide-
wind behandelte in einem Vortrage die Geschichte des
Sozialismus. Dieser für jeden Arbeiter Interesse bietende
Vortrag fand den lebhaftesten Beifall der Versammelten. — Eine rege
Debatte legte zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Frage er-
angelegenheiten“ ein. Alle Kollegen versprachen, in Werk-
statt-Versammlungen die Uebelstände in den Werkstätten zu be-
sprechen, und mit Hilfe der Organisation für Abhilfe zu sorgen.
Die jetzt unglückliche Lage in der Industrie wird vielfach vom Un-
ternehmer beseitigt, um einen Druck auf die Arbeitsverhältnisse im un-
günstigen Sinne auszuüben. Alle Kollegen waren der Ansicht, daß
nur durch festen Zusammenschluß in der Organisation die einzige
Möglichkeit gegeben ist, für die Arbeiter Vorteile zu erwirken. Die
interessante Versammlung wurde mit einer Aufforderung zum Bei-
tritt in den Arbeiter-Konsumverein geschlossen.

„Gennig-Korn“ beim Zahnarzt. Am 8. April d. J.
trank das Dienstmädchen eines hiesigen Zahnarztes in der Küche aus
einer Flasche, die die Aufschrift „Gennig-Korn“ trug. Die Flasche
enthielt indes eine Hyantalkalium- und nach wenigen Minuten stürzte
das Mädchen tot zu Boden. Der Zahnarzt hatte die Lösung durch
einen Jambler herstellen und durch seine Gehilfin, einem jungen
Mädchen, abholen lassen. Dieses hatte die Flasche zunächst in der
Küche stehen gelassen, anstatt sie sofort ins Laboratorium zu tragen.
Sowohl der Zahnarzt als auch die Gehilfin hatten sich deshalb jetzt
vor der Strafkammer wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten.
Das Gericht kam zur Freisprechung, da die Möglichkeit nicht
wärrlich ausgeschlossen erschien, daß ein Selbstmord vorgelegen habe.
Der Bräutigam des Mädchens war erkrankt und dieses hatte vorher
einmal Selbstmordabsichten geäußert, für den Fall, daß die Heirat
nicht ausstünde käme, wobei es gelang haben soll, daß bei seinem
Dienstherrn ja kein Gift zu finden sei. Das Gericht rügte aber im
Urteil die grobe Fahrlässigkeit, die hier geübt wurde, indem das Gift
nicht gehörig verwahrt worden war.

Ein Schanzwirts wegen Diebstahls angeklagt. Am
26. August hatte Havelmeister Biegel dem Schanzwirts Josef Dem-
ing (Daneger) vom Breslauer Schanzwirtsbau zu sich bestellt, um ihm
einige Gaderobenstücke zu schenken, da dieser sich wirtschaftlich nicht
in der besten Lage befand. Diese Gelegenheit benutzte Deming, um
dem Havelmeister in einem unbewachten Augenblick eine goldene
Uhr und einen Brillantring im Werte von zusammen 300 Mark
wegzunehmen. Dem Ring verleihe er für 65 Mk. und fuhr mit dem
Gelbe nach Berlin, wo er bereit am folgenden Tage verhaftet wurde.
Das Gericht erkannte auf vier Wochen Gefängnis. Vom
Erscheinen in der Hauptverhandlung hatte sich der Kläger ent-
binden lassen.

Der Speicherbrand im städtischen Hafen, der am
17. August d. J. ausbrach und einen Schaden von etwa
100.000 Mark verursachte, beschäftigte gestern das Breslauer
Schöffengericht. Angeklagt war der Stimmonteur Paul Broquille
wegen fahrlässiger Brandstiftung. Von der Leitung der elektris-
chen Beleuchtungsanlage war eine kleine Reparatur vorzunehmen.
Dabei galt es zwei Drähte zusammen zu löten. Broquille zün-
dete eine Zigarette an und als er mit dieser den Mittelraum
durchsuchte, sah er an einem Brettle einen schwarzen Käfer. Er
richtete die Zigarette auf ihn, um ihn zu töten. In diesem
Augenblick erfolgte eine Explosion aus dem verstaubten
Mehlstaub. Die Flammen breiteten sich allmählich über die dort bis an die
Decke aufgeschapelten Mehlstöße aus. Zwar liefen Broquille und
ein gleichfalls bei der Arbeit beschäftigter Kollege sofort nach
dem Nebenraume, wo die Löthvorrichtung angebracht war, lei-
der aber war die Wasserleitung gerade abgebrochen, so daß dem
Feuer nicht sofort entgegen zu begegnen war. Der Staats-
anwalt vertrat die Auffassung, daß die Spielerei mit dem Kä-
fer die Mehlstaubexplosion verursacht habe. Das Gericht nahm
indes an, daß die Explosion auch erfolgt wäre, wenn der An-
geklagte ohne Aufmerksam mit der Flamme durch den Raum ge-
schritten wäre. Die Schuld treffe den Vorgesetzten, weil dieser
sich von der Gefährlichkeit dieses Ortes beim Umgehen mit Licht
nicht vorher überzeugt und entsprechende Anweisungen gegeben
habe. Der Angeklagte wurde deshalb freigesprochen.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich gestern Nachmittag
zwischen 3 und 4 Uhr am Bau der Waggonfabrik an der Märkischen
Straße. Beim Hinaufwinden von eisernen Dachteilen brach der
Baum, an dem die Winde angebracht war und das schwere Eisen-
stück fiel herab, einem unten beschäftigten Arbeiter ins Genick. Der
Getötete soll aus Grünberg sein. Die Arbeiter werden von der
Berliner Firma Wrasch und Herffelt ausgeführt.

Vom Gerüst abgestürzt. Am Sonnabend Vormittag
stürzte der 20 Jahre alte Hilfsmaurer Heinrich Batske, Gadow-
straße 18, auf einem Neubau auf der Fürstenstraße infolge Ueber-
stehens eines Brettes 10 Meter hoch ab und trug anschließend an den
Weinen komplizierte Brüche davon. Der herbeigekommene Arzt kon-
statierte indes, daß ein Bein verrenkt und das andere verstaucht war.
Nach Anlegung eines Verbandes wurde der Verunglückte nach seiner
Wohnung geschafft.

Ein beauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Mon-
tag Vormittag in einer Schokoladenfabrik auf der Pfaffenstraße.
Die 16-jährige Arbeiterin Anna Kanter aus Hartlieb hatte
dort eine drei Zentner schwere Eisenplatte zu halten. Diese entglitt
aber ihren Händen und fiel um, wobei dem Mädchen am linken
Bein mehrere Knochenbrüche geschlagen wurden. Die Verunglückte
wurde nach dem Wenzel Handelfschen Krankenhaus gebracht.

Eine gelehrige Schülerin der Madame Humbert ist
allen Anschein nach die kürzlich verhaftete Frau R. von Braune,
oder wie sie sich auch nannte, Hermann von Braune, gewesen. Wie
wir erfahren, hat die vor etwa Jahresfrist in Breslau aufgetauchte
Frauensperson sich als verwitwete Besitzerin eines Majorats aus-
gegeben, und daraufhin verschiedene Herren hieselbst angepöbelt oder
Beihilfe unterschreiben lassen. Sie ist auch als Mitglied des Ver-
sonals des hiesigen Schauspielhauses aufgetreten. Um einen Herrn
der erstlich um ihre Hand anhielt, gründlich zu täuschen, gab sie
einen angeblichen Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt a. M. als
ihren Schwaller an, und der hiesige Bräutigam, der den Sach-
walter in Frankfurt a. M. besuchte, fand in diesem einen eifrigen
Vertreter der Interessen der angeblichen Frau von Braune. Als
das ganze Schwindelgebäude endlich zusammenbrach, da war auch
der Frankfurter Schwaller verschwunden, angeblich ist er inzwischen
verstorben, tatsächlich wird es aber ein Helfershelfer der Schwindlerin
gewesen sein. Der hiesige Bräutigam der angeblichen Frau von
Braune, deren tatsächlicher Name noch festgestellt werden muß, ver-
liert durch die Schwindlerin viele tausend Mark. Uebrigens gab sich
die angebliche Frau von Braune nach bekannten Umständen auch als
die Geliebte eines Prinzen aus, von dem sie einen jetzt zehn Jahre
alt werden Sohn besitzen würde, wenn er nicht eben inzwischen
auch verstorben wäre. Die Frau will auch eine große Vermögens-
sammlung noch aufweisen haben, die sie aber mit Rücksicht auf den
Hof nicht einlagern wollte.

In dem Ehe drama auf der Kleinen Schmiedgasse
wo, wie eingangs, die Frau des Arbeiters Bruno Weber verhaftet
hatte, ihren Mann durch Mordanklage zu verhaften. Können wir heute
nachtragen, daß die Ärzte hoffen, den Mann am Leben zu erhalten.
Wird dem Arbeiter Weber von seiner Arbeitgeberin, der
Frau, bei der er als Hauswart tätig war, das Besondere
eines erheblichen Ansehens geschäftet.

Die „Geschichte“ Erde.

Nach den jüngsten Feststellungen betrug Ende des Jahres 1907 die Gesamtlänge der Eisenbahnen der Erde 957.283 Kilometer. Zu berücksichtigen ist hier, daß bei diesen Angaben nicht etwa die Länge der Schienen, die sich um die alte gebulbige Erde immer dichter legen, gemeint ist, sondern die Länge der Bahnen der verschiedenen Eisenbahnsysteme. Auch sind die „Kleinbahnen“ in der Aufstellung nicht enthalten. Ende 1909 oder im Laufe des Jahres 1910 wird die Gesamtlänge 1 Million Kilometer überschritten haben, denn die jährliche Zunahme beträgt seit einer Reihe von Jahren 20.000 bis 30.000 Kilometer, und mit einer solchen Zunahme, wenn nicht mit einer noch größeren, wird man noch für geraume Zeit zu rechnen haben. Welche Aussichten eröffnen sich in dieser Beziehung beispielsweise in dem umfangreichsten aller Erdteile, im riesigen Asien! Das vor verhältnismäßig kurzer Zeit noch eisenbahnlose „himmlische“ Reich geht mit Eifer daran, sich neuzeitliche irdische Verkehrswege zu schaffen. Die „Preußen am Stillen Ozean“, die Japaner, sind mit dem Ausbau ihres Eisenbahnnetzes beschäftigt. Im Lande der weißen Elefanten, in Siam, weitestens Deutsche und Engländer im Anlegen von Schienensträngen. In Sibirien und in Mittelasien sind neue Eisenbahnverbindungen geplant. In Indien bleiben die Engländer nicht müßig. Kurzum, der Erfindungs-Stephanos sind in Asien unermesslich nicht sobald zu erschöpfende Wirkungsreife eröffnet.

Auf Asien entfielen Ende 1907 30.577 Kilometer Eisenbahnen; Ende 1896 waren es ihrer erst 45.883, die fast durchweg auf die englischen Besitzungen entfielen. Ende 1907 kamen auf Britisch-Indien allein 48.106 Kilometer. Die seit 1896 zu verzeichnende Verdoppelung der Länge der asiatischen Eisenbahnen ist also auf Rechnung Sibiriens, Chinas, Japans und Mittelasiens zu setzen. Die mit deutschem Gelde und unter deutscher Leitung gebauten anatolischen Bahnen und die Bagdadbahn haben zu der Verdoppelung ein nicht unwesentliches Teil beigetragen. Steht man in Betracht, daß Amerika zu der in Rede stehenden Zeit 487.506 Kilometer Eisenbahnen, etwas mehr als die Hälfte sämtlicher Schienenstraßen, besaß, so kann man sich ausmalen, wieviel für die alten Kulturländer Asiens, wieviel für den Erdteil, in dem die „Wiege der Menschheit“ stand, nachzuholen ist. Da Amerika schon frühzeitig den Bau von Eisenbahnen aufs Nachdrücklichste betrieb hat, während in Asien auf diesem Gebiete bis vor einem Jahrzehnt, von den englischen Besitzungen abgesehen, Erstarrung herrschte, ist die seitdem eingetretene Vermehrung der Eisenbahnen erklärlicherweise in Asien verhältnismäßig viel stärker als in Amerika. Dori beträgt sie, wenn man die Jahre 1896 und 1907 vergleicht, hundert Prozent, hier nur etwa dreißig vom Hundert.

In Afrika war die Zunahme der Eisenbahnen verhältnismäßig ebenso groß wie in Asien: 29.798 Kilometer Ende 1907 gegen 14.798 Kilometer Ende 1896; also gleichfalls eine Verdoppelung. Ein erheblicher Unterschied besteht nur insofern, als im „gelben“ Erdteil ein großer Teil der Vermehrung des neuzeitlichen Verkehrsmittels auf die Eingeborenen entfällt, während auf dem „schwarzen“ Kontinent ausschließlich die Weißen die Kulturträger und Kulturförderer sind. Bis die Regier an die Verwirklichung der Lösung gehen: „Den schwarzen Erdteil den Schwarzen!“ ist es noch weit hin. Auch in Afrika hat der Eisenbahnbau eine große Zukunft; aber sie ist nicht zu vergleichen mit den Ausichten, die sich ihm in Asien eröffnen haben. Abgesehen davon, daß Afrika erheblich kleiner ist als Asien, fehlt dem „schwarzen“ Kontinent die Dichtigkeit der Bevölkerung Ost- und Südasiens. Allerdings sind gewisse Pläne,

die Sahara mit Schienenwegen zu durchqueren, zwischen Alexandria und Kapstadt eine ununterbrochene Eisenbahn-Verbindung zu schaffen, die Ostküste Afrikas durch Bahnen, die den Kongostaat durchziehen, mit der Westküste zu verknüpfen, dazu ansetzen, das afrikanische Eisenbahnnetz in den nächsten Jahrzehnten bedeutend zu vergrößern.

Im Hinblick auf seine Einwohnerzahl besitzt das menschenarme Australien sehr viel Eisenbahnen. Die Heimat der Kangurus und der schwarzen Schwäne steht in dieser Beziehung unter allen Gegenden der Erde am günstigsten da. In der Kolonie Queensland kommen auf 10.000 Einwohner 113 Kilometer Eisenbahnen; ein Verhältnis, wie es nirgends sonst auch nur annähernd erreicht wird. Auch die übrigen australischen Gebiete besitzen in dieser Beziehung eine außerordentlich große Zahl von Eisenbahnkilometern. Der kleinste Kontinent hat fast ebenfalls Eisenbahnen, wie das mehr als viermal so große Afrika: 28.592 Kilometer gegen 29.798. Ende 1896 waren in Australien aber schon 22.372 Kilometer vorhanden, während es in Afrika damals nur 14.798 Kilometer gab. Die seitdem eingetretene Vermehrung war demnach in Afrika erheblich größer als in Australien, und so wird es auch ferner sein. Das ganze Innere Australiens ist so unwirtlich, daß das Bauen von Eisenbahnen sich nicht lohnt. Es besteht zwar der Entwurf, den äußersten Westen dieses Erdteils mit dem äußersten Osten durch einen mitten durch die Enden ziehenden Schienenweg zu verbinden, aber nachdem dieser riesenhafte Plan zur Ausführung gelangt sein wird, bleibt für Australien auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues nicht mehr viel zu tun übrig. Das australische Eisenbahnnetz hat dann die Grenzen seines Wachstums so ziemlich erreicht.

Amerika ist seit langem der Erdteil, der durch die Ausdehnung seiner Eisenbahnen die alte Welt in den Schatten stellt. Diesen Vorsprung wird die neue Welt wohl noch geraume Zeit behaupten. Von der Gesamtlänge der Eisenbahnen der Erde kommen über die Hälfte, 487.506 Kilometer, auf Amerika. Die Vereinigten Staaten allein besitzen 369.991 Kilometer; das heißt 49.000 Kilometer mehr als ganz Europa, auf das 320.810 Kilometer entfallen. Ende 1896 war das Verhältnis ganz ähnlich. Damals hatten die Eisenbahnen der Erde eine Ausdehnung von 714.998 Kilometern, und auch damals nannte Amerika mehr als die Hälfte, 374.742 Kilometer, sein eigen. Ebenso besaßen schon 1896 die Vereinigten Staaten allein etwa 40.000 Kilometer Eisenbahnen mehr als ganz Europa: 291.088 Kilometer gegen 257.203 Kilometer. Baute man im Erdteil der begrenzten Möglichkeiten, in Europa, Schienenwege, so baute man im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, in den Vereinigten Staaten, erst recht weite. Diesen Wetlauf wird Amerika noch lange aushalten. Die Ueberlandbahnen Kanadas und die Eisenbahnen, die in Südamerika, namentlich in Argentinien und Brasilien der Vollendung harren, versprechen dem amerikanischen Eisenbahnnetz einen Zuwachs, der es gestoft mit der Vermehrung der Eisenbahnen in der alten Welt aufzunehmen vermag. Auf die Dauer freilich muß sich hier die Entwicklung des asiatischen Eisenbahnnetzes geltend machen.

Vergleicht man die Ausdehnung der Eisenbahnen in den einzelnen Ländern Europas, so ergeben sich verschiedene Ueberraschungen. 1896 marschierte das Deutsche Reich mit 47.348 Kilometern an der Spitze. 1907 war es von Rußland, das damals nur 38.642 Kilometer besaß, überholt: 58.385 Kilometer in Rußland gegen 58.040 Kilometer in Deutschland. Bei dem Größenunterschied der beiden Staaten muß der Vorsprung auf fetter Rußlands immer beträchtlicher werden. Deutschland ist mit Eisenbahnen weit gesättigter als Rußland. Steht man übri-

gens in Betracht, daß die Kleinbahnen, deren Deutschland eine Menge besitzt, in den erwähnten Biffen nicht berücksichtigt sind, so besitzt Deutschland auch jetzt noch mehr Schienenwege als das europäische Rußland. Deutschland am nächsten steht wie früher Frankreich mit 47.823 Kilometern gegen 41.173 Ende 1896. Dann aber kommt nicht mehr, wie vordem, Großbritannien, sondern Oesterreich-Ungarn. Das Donauraich besitzt 41.605 Kilometer gegen 32.180 Kilometer Ende 1896. Dagegen ist das Eisenbahnnetz Großbritanniens von 34.221 Kilometern in 1896 nur auf 37.150 Kilometer in 1907 gewachsen. Diese geringe Vermehrung ist natürlich: das Land mit der ersten Eisenbahn hatte auch zuerst sein Eisenbahnnetz ausgebaut.

Das in den Eisenbahnen stehende Kapital wurde 1896 auf insgesamt 145 Milliarden Mark berechnet. 1907 schätzte man es auf 208 Milliarden. Diese Zunahme ist beträchtlicher, als die seitdem erfolgte Vergrößerung des Eisenbahnnetzes. Mit anderen Worten: das Bauen von Eisenbahnen ist teurer geworden. — Vor fünfzig Jahren kostete der Kilometer von den preussischen Staatsbahnen etwa die Hälfte von dem, was er heute kostet: 140.000 Mark gegen 280.000 Mark. In anderen Ländern ist es, eine natürliche Folge der Kulturentwickelung, ähnlich.

Arbeiterbewegung.

Der schwedische Generalstreik.

Der „Leibziger Volkszeitung“ geht von ihrem Korrespondenten aus Wladivostok folgende Mitteilung zu: Eine Konferenz, die in Stockholm unter Teilnahme der Vertreter aller skandinavischen Landesorganisationen tagte, beschloß wiederum eine Aenderung der Taktik des Kampfes. Nach Abbruch der Vergleichsverhandlungen standen noch weit über 100.000 Arbeiter im Kampf, deren Unterhaltung allein durch ausländische Hilfe nicht möglich war. Die Klassen der schwedischen Organisationen sind total leer, waren sie doch schon vor Beginn des Generalstreiks infolge der vorhandenen Arbeitslosigkeit des vergangenen Winters und den Ausperrungen durch die Unternehmer gar sehr geschwächt. Und mehr als 100.000 Arbeiter fast ganz allein der Hilfe der ausländischen Arbeiter überlassen, ist auf die Dauer schließlich nicht aushaltbar, um so weniger, als der Kampf nach dem Abbruch des Generalstreiks und der Einleitung der Verhandlungen nicht mehr das internationale Interesse erweckt, das er vordem erregte. Aus diesen Gründen heraus hat die Konferenz den Beschluß gefaßt, den Streik weiter einzuschränken und ihn nur bei den meist einflussreichen Betrieben bestehen zu lassen. Danach soll der Kampf konzentriert werden auf die Eisenindustrie, einige der größten Sägemühle in Norland und einige Textilfabriken; aber vor allem soll der Kampf weiter geführt werden auf den Erzkübeln in Lappland und Grängesberg und auf den Kohlengruben in der Provinz Skåne. In den übrigen Betrieben soll die Arbeit wieder aufgenommen werden, und wenn die Einstellung davon abhängig gemacht wird, sollen sich die Arbeiter aus den Organisationen abmelden, damit den Unternehmern die Waffe der Ausperrung genommen werde.

Ausdrücklich bleiben noch circa 35.000 Arbeiter. Das Landessekretariat plaudert mit der Fortdauer des Streiks bei abgenommenen Betrieben die schwedischen Unternehmer genau so treffen zu können, als wenn der Streik sich über alle Mitglieder des Arbeitgeberverbandes ausbreitete. Denn die Inhaber und Aktionäre obiger Betriebe sind die Wortführer im Svenska Arbeidsvärdereferenten.

Dieser bemerkt unser Feindblatt: Welche Gründe die Landeszentrale zu dem folgenschweren Beschluß veranlaßt haben, die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu ermuntern, ist noch unbekannt. Wir müssen uns daher eines Urteils enthalten. Wir hoffen aber, daß die Landeszentrale in Kürze diese Gründe bekannt gibt; die internationale Arbeiterschaft hat ein Recht darauf! — Und wir möchten hierzu noch bemerken, daß wir bis jetzt an einer anderen Stelle eine Besichtigung dieser Weidung nicht gefunden haben.

Abstinentenorganisationen von Gewerkschaftsbeamten. Im „Abninenten Arbeiter“ berichtet A. Baummeister von einer seit einigen Jahren in England bestehenden Organisation von abstinenten Angestellten der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, der auch Genosse Rait Gardie, der Vorsitzende der Arbeiterpartei, und S. H. A. L. T. O., Vorsitzender des parlamentarischen Komitees der Gewerkschaften, angehören. Die Vereinigung bezweckt, durch gutes Beispiel im Sinne der Alkoholverkämpfung auf die Masse einzuwirken. Sie hat bereits den Erfolg erzielt, daß die

Aus aller Welt.

Nordpol und Nilquellen. Der Streit zwischen Peary und Cook um die Priorität der Entdeckung des Pols ist durch mancherlei Begleitumstände zu einem recht anstrenglichen Sensationsstück geworden. Er steht aber in seinem bisherigen Verlauf in der Geschichte der geographischen Entdeckungen nicht einzig da. Einen ganz ähnlichen Fall bot die Entdeckung der Nilquellen durch die Expedition von Burton und Speke. Speke hatte den Abfluss des Nils aus dem Viktoriasee im Laufe seiner die Jahre 1857 bis 1859 umfassenden Reise festgestellt. Er war damals allein zu den Ufern des Sees vorgebrungen, während Burton krank zurückgeblieben war. Auch Speke fand keinen Glauben mit seinem Bericht, und der erste, der Zweifel äußerte, war gerade Burton. Die beiden sollten sich in einer öffentlichen Disputation, die von der Britischen Vereinigung zur Förderung der Wissenschaft in Bath im Jahre 1864 veranstaltet wurde, auseinandersetzen. Am Morgen des Tages, an dem dies wissenschaftliche Duell angesetzt werden sollte, lag man Speke tot in einem Strohhengraben. Eine Schusswaffe lag neben ihm. Man hat niemals erfahren, ob er einem Unglücksfall zum Opfer fiel oder selbst Hand an sich legte. Daß sein Reifebericht auf Wahrheit beruhte, gilt heute als unabweisbar. Aber es ist sehr wohl möglich, daß die Angst vor Burton, der ihn um seine wissenschaftliche Glaubwürdigkeit bringen wollte, ihn die Waffe in die Hand drückte.

Wie der Schnapsbott nicht, zeigt ein Beispiel, das in der letzten Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Friedenau bekanntgegeben wurde. Es wurde darauf hingewiesen, daß im Monat September in dem umfangreichen Familienbetriebe der optischen Anstalt von C. V. Goerg nicht der achte Teil an Spirituosen gegenüber den früheren Monaten konsumiert worden ist. Jetzt sollten die Patrioten zeigen, daß es ihnen Ernst ist mit der Liebe zum deutschen Vaterland. Prost! — Unser Banter Parteiorgan schreibt: Einen Begriff von der Schwereigkeit des Kampfes und der Durchführung des Leipziger Parteitagbeschlusses erhält man, wenn man den Bericht liest über das Fest, das der Schnapsbott im Norden (Westpreußen) am 30. September gefeiert hat. Am 1. Oktober trat bekanntlich die Mehrbesteuerung des Alkohols in Kraft. Diese hat natürlich eine Preisverhöhung des Trantbranntweins, also auch des Doornlaats im Gefolge, der wie die ihm ähnlichen Schnapsbott 24 Pfg. das Bier im Preise stieg. Das neue Branntweinenergesetz gefahrte, daß jeder Privathaushalt am 1. Oktober zehn Liter Branntwein auf Lager haben dürfte. Diese Bestimmung bewirkte

und die Bewohner von Norden und Umgegend, welche den Schnapsbott weniger fürchten als den biblischen Teufel, sich vor Teufelsnacht mit dem billigeren Doornlat so gut es ging zu versorgen. Den ganzen Tag, so melden die Blätter, tanzte die Prozession nach der Schnapsbottfeste. Ein förmlicher Sturm habe auf das große Fass in der Doornlaatschen Brenneri stattgefunden. Bis Abends 9 Uhr habe die Jagd nach dem Teufelsstrank gedauert und mancher habe, ohne seine zehn Liter davon erhalten zu haben, abgehen müssen.

Zum Expresserprozeß Dähfel.

Im „Tag“ veröffentlicht Gottlieb folgende Strophen:

Gehrier Herr! Sie sind durchsichtig!

Sie haben neben Ihrer Frau eine „Brant“!

Sie drehen Dinger, Sie kleiner Nidel!

Morgen erscheint darüber ein Artikel.

Nich schmerzt dieser traurige Umstand tief,

Ich bin monarchisch und konservativ,

Ich habe nur deshalb hier vorgeschrien:

Man ist halt national bis auf die Knochen.

Die Sache läßt sich vielleicht unterdrücken —

Doch muß man den Autor schmähen und spiden,

Es kostet Hader, das merken Sie sich gleich,

Soch Kaiser und Reich!

Wollen Sie etwa nicht? Ich sage Ihnen bloß:

Morgen geht die Regenwolke los!

Hunthundert Mark her — sonst schliddern Sie rein!

Ich bin ein Preuze, will ein Preuze sein!

Literatur.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Leipzig vom 12. bis 18. September 1909.

Aus den Verhandlungen erwähnen wir besonders: Schnapsbott — Erbschaftsteuer — Raiffeisen — Internationaler Kongress — Reichsversicherungsordnung. Preis broschiert 1,25 Mark, gebunden 1,75 Mark. Auf gutem, holzfreiem Papier broschiert 2,50 Mark, gebunden

3,50 Mark. Zu beziehen durch alle Parteilieferanten und Buchhandlungen, sowie direkt vom Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Biblische Geschichten. Unter diesem Gesamttitel beginnt im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, soeben im Großvertrieb zu erscheinen, die zum geschichtlichen Verständnis der Religion beitragen soll. Verfasser ist der Genosse Max Maurenbrecher der über das Wert in seinem Gesamtwerk unter anderem schreibt:

„Die Religionsgeschichte zeigt, wie alle andere menschliche Geschichte auch, ein Jnneinander und Beieinander von eblen, erhebenden und großen Gefühlen und von kleinlicher Selbstsucht, Herrschsucht und Neid. Die Religion ist nicht nur eine plumbe Täuschung der Massen durch habgierige Priester, und sie ist nicht nur ein Heiden und Straden der Menschen nach ebleren, höherem Leben. Sie ist beides zugleich! Es wird ein besonderes Ziel der Darstellung sein, an gegebener Stelle dies Jnneinander eblen und unebler Kräfte zu zeigen. Was groß und erhebend ist, soll auch so genannt werden, gleichviel ob wir heute noch die Gedanken oder Gefühle teilen können, die damals die Menschen bewegt haben; und wo Priestertäuschung und Priesterelbstsucht die Entwicklung der Religion entscheidend beeinflusst haben, soll ungeschämt auch von Trug und Eigennutz gesprochen werden, gleichviel ob Nachfolger solcher Priester sich heute dadurch beleidigt fühlen könnten oder nicht. Es sollen die beiden Seiten der Sache zur Darstellung kommen, die man einmal in der Religion Wirklichkeit fand.“

Heft 1. Schöpfungsgeschichten, gelangte soeben zur Ausgabe. Dasselbe enthält folgende Kapitel: Die verschiedenen Schöpfungsgeschichten der Bibel. — Die Geschichte von Mann und Weib. — Die Geschichte vom verlorenen Paradies. — Die Geschichte von der Schöpfungswoge. Jedes Heft kostet 1 Mark. Vollausgabe 40 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Zeitungsbehebungen und Kolportage. Preisliste auf Wunsch gratis und franko vom Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

In freien Stunden. Wochenschrift für Arbeiterkassen. Preis 10 Pfg. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Hefte 39 und 40 sind erschienen.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefragen. Die Hefte 40 und 41 sind erschienen. Abonnement vierteljährlich 3 Mark. Zu beziehen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Parteilieferanten. Preisliste auf Wunsch gratis und franko vom Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

